

# Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,40. Monatlich 55 Pf. Postzusatz Nr. 4089a, 6. Nachtrag. Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53. Dienstag den 4. März 1902. 9. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

## Geld her für koloniale Bahnbauten!

Man sollte es nicht für möglich halten und doch ist es Thatsache, daß das Reich in der Zeit dieses allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges, da Hunderttausende deutscher Proletarier nicht wissen, woher Brod für ihre hungernden Kinder nehmen, in einer Zeit, da die Einnahmen aus den indirekten Steuern und Zöllen erschreckend sinken und das Reich alles thun sollte, um die Ausgaben zu verringern, daß das Reich in solcher Zeit an den Reichstag herantritt, um ihn zu schweren Opfern für koloniale Bahnbauten zu nötigen. Und die Brodwucherermehrheit ist bereit, die Millionen herzugeben!

In Deutsch-Ostafrika soll bekanntlich zur „wirtschaftlichen Erschließung“ dieser Kolonie, die Millionen und Abermillionen bereits verschlungen hat, und zur Erhöhung des reichsdeutschen Kolonialruhmes eine Zentralbahn erbaut werden von Dar-es-Salaam bis nach Mrogoro. Im vorjährigen Tagungsabschnitt des Reichstags lag ein Gesetzentwurf vor, wonach das Reich eine Zinsgarantie für diese Eisenbahnstrecke übernehmen sollte, damit eine kapitalistische Gründung, nämlich die ostafrikanische Eisenbahngesellschaft, die jene Strecke baut, wohl den Profit in die Tasche steckt, im Falle des Defizits sich aber an die deutschen Steuerzahler halten kann. Auf das Betreiben der sozialdemokratischen Abgeordneten ist diese Vorlage an die Budgetkommission zurückverwiesen worden, denn es ist doch wohl das stärkste Stück, daß die deutschen Proletarier jenen Kapitalisten, in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit und des Hungers, ihr Spekulationskapital verzinsen sollen. Jetzt hat die Budgetkommission, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen, dem Plenum des Reichstages die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Nach den Kommissionsbeschlüssen, die der Reichstagsanwalt der kolonialen Gründer, der Prinz von Arenberg, vertritt, derselbe Arenberg, dessen Verwandter einen Schwarzen erschossen hat, weil er ihm keine nächtlichen Lagergenossen mehr verschaffen konnte, soll zum Bau und zum Betrieb einer Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro durch die auf Grund der Bau- und Betriebskonzession zu bildende ostafrikanische Eisenbahngesellschaft den Anteilseignern dieser Eisenbahngesellschaft — sämtlich Privatkapitalisten und Spekulanten — die Reichsgarantie für eine Verzinsung des in dem Unternehmen anzulegenden Kapitalismus bis zu 22 Millionen Mark mit 3 v. H. vom Tage der Einzahlung an bewilligt werden. Ferner soll den Anteilseignern der Eisenbahngesellschaft die Zahlung des um 20 v. H. erhöhten Nennbetrags der jeweilig gelösten Anteilscheine bewilligt werden. Die Gesellschaft hat eine Konzession auf 88 Jahre! Während wir also vom Tage der Kapitaleinzahlung an die Herren Zinsen zu bezahlen haben — also auch dann, wenn sie auf den Einfall kämen, mit dem Bahnbau selbst noch jahrelang zu warten! — ist im Falle des Profits die Ausbeutungsmöglichkeit für die Spekulanten fast auf ein Jahrhundert festgesetzt!

In der That ein profitables Geschäft für unsere Steuerzahler! Die Reichseinnahmen sind im Niedergange begriffen und von neuen Steuerprojekten für Bier und Tabak wird offen gesprochen. Der für das ostafrikanische Schutzgebiet für 1902 geforderte Reichszuschuß hat sich gegen das Vorjahr von 5 259 000 Mk. auf 6 415 200 Mk. erhöht, also um 1 156 200 Mk.! Die Uebernahme der Zinsbürgschaft durch das Reich für eine Summe von 22 Millionen Mark unter den angegebenen Bedingungen bedeutet eine jährliche Ausgabe von 750 000 Mk. Der Ausfuhrhandel des Schutzgebietes zeigt dabei so recht den Werth all dieser Opfer. 1898 wurden noch für 4 333 000 Mk. Waaren ausgeführt, 1900/01 bloß noch für 4 294 000 Mk. Also eine rückläufige Bewegung wie die ganze Kolonialherrlichkeit! Kenner der Verhältnisse bestreiten, daß das ostafrikanische Binnenland sich für Plantagenwirtschaft eigne, Erze findet nicht in abbaubarer Menge vorhanden, die Handelsartikel aus dem Innern sind zurückgegangen und die Nambarabahn, welche die für Plantagenwirtschaft geeignete Gegend berührt, kann nicht leben und nicht sterben. So soll der deutsche Arbeiter einer Spekulantengesellschaft jährlich 750 000 Mark schenken — denn um eine Liebesgabe, um ein Geschenk handelt es sich — schenken aus den Groschen der ihm aufgehaften indirekten Steuern und Zölle und noch dazu für eine, kulturell betrachtet, gänzlich aussichtslose Sache.

Die Spekulantengruppe läßt alle Minen springen in der Presse und im Reichstage, um ihren Rebbach in Sicherheit zu bringen. Bei dieser kolonialen Bahnbaufrage zeigt sich wieder einmal so recht, welche kapitalistischen Interessen oft mit dem „patriotischen“ und „nationalen“ Mantelchen bedeckt

werden. Hinter der ganzen kolonialen Begeisterung der Parteien, die Deutsch-Ostafrika „wirtschaftlich erschließen“ wollen, steht das Bankkonsortium der Deutschen Bank zu Berlin, eines Kapitalpolypen, der überall seine Hände hat. Dieses Bankkonsortium hat schon bei seinen Auerbietungen im März vorigen Jahres berechnet, daß es die Aktien zu einem Kurse von über 104 begeben werde, macht einen Verdienst von etwa 1 Million Mark. Inzwischen aber ist der Börsenkurs 3proz. Konsols um 5 Prozent gestiegen, denn die anlegelustigen Geldbesitzer reifen sich, angezogen durch die faulen Industrieerwerbe, um die Staats- oder vom Staat garantierten Papiere. Somit verdient heute das Deutsche Bankkonsortium mehr als 2 Millionen Mark an dem afrikanischen Bahnbau, wenn es der Wucherergarde gelingt, eine Mehrheit für den Bahnbau zusammen zu treiben.

Ist erst einmal das erste derartige Geschäft gemacht, dann wird der Heißhunger der Kapitalisten erwachen und sie werden sich mit Eifer auf solchen Millionenverdienst stürzen. Zwei Millionen zu verdienen ist in dieser Zeit des allgemeinen Darniederliegens der Geschäfte für eine solche Bank erst recht kein Pappenstiel. Der afrikanische Bahnprofit wird die tollsten Projekte wie Pilze aus der Erde schießen lassen, Alle werden sie mit hängender Zunge hinter diesen leichten Profiten her sein. Und das fehlt gerade noch, daß zu den Millionen Reichszuschüssen, die uns die Erhaltung der Schutztruppen, der Gouverneure, des Affektorismus usw. kostet, sich noch die Millionen gestellen, die uns die Finanzierung der Projekte der Spekulanten kosten. Da muß es von vornherein energisch heißen: Hände weg!

Dabei ist die Reichsfinanzlage so düster und besorgniserregend als nur je zuvor. Das Etatsjahr geht am 1. April zu Ende; es wird ein Defizit von 51 Millionen Mark bringen und die Einzelstaaten werden 18 Millionen weniger bekommen, als sie in den Vorjahren vom Reiche gehabt haben. Das ist die Ursache zu neuen Steuern.

Und dabei Reichsgarantien für koloniale Spekulationen! Wir hoffen, daß die Reichstagsminorität stark genug sein wird, den Liebesgabenpolitikern im Interesse des Volkes die Wege zu weisen.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübener Volksbote“.)

Berlin, den 1. März 1902

Der Reichstag beschäftigte sich am Sonnabend ausschließlich mit der Zuckersteuer. Bekanntlich besteht die Hoffnung, daß es der gegenwärtigen internationalen Brüsseler Konferenz gelingt, eine Konvention zwischen den Zuckerproduzierenden Staaten außer Rußland zu Stande zu bringen, die die Ausfuhrprämien-Wirtschaft beseitigt und den Ueberzoll, dem der ausländische Zucker über die Verbrauchsabgabe (in Deutschland 20 Mark) unterworfen ist, auf 4,80 Mark herabsetzt. Der deutsche Schutz Zoll gegen Zucker beträgt gegenwärtig 20 Mark. Kommt diese Konvention zu Stande, so kann sich der deutsche Zuckerkonsument freuen. Sie würde ohne Weiteres einen bedeutenden Preisfall des Zuckers herbeiführen. Das Zuckerkartell, das dann in die Brüche gehen würde, erhebt augenblicklich eine Liebesgabe von 8 Pfennig pro Pfund Zucker, die mit der Beseitigung der Ausfuhrprämie und des bestehenden Schutzzolls gegen fremden Zucker natürlich in Wegfall kommen würde. Das Kartell wäre geliefert, und es hat dieses Schicksal reichlich verdient. Es ist ein typisches Beispiel dafür, in welcher unverständigen Weise innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestimmte Interessengruppen, die die Klinte der Gesetzgebung in der Hand haben, sich Millionen zuschanzen und das konsumierende Publikum auf das Schmerliche ausbeuten können. Dabei ist das Kartell nicht im Stande gewesen, eine kolossale Ueberproduktion zu verhüten. Der anarchische Zustand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeigt sich hier in deutlichster Form. Das Organ der Zuckerindustriellen hat auch durchaus im Ernst den Vorschlag gemacht, die gewaltigen Zuckervorräte, die auf den Preis drücken, dadurch zu beseitigen, daß Wasser in die Läger geleitet werde, das den Zucker vernichtet. Man hat weiter daran gedacht, den Zucker zu denaturieren, um ihn als Viehfahrung zu verwenden, nur damit nicht dem Volke billiger Zucker zugänglich werde. Schließlich sind selbst die Kriegervereine zu patriotischer Zuckerverteilung mobil gemacht worden.

Bei der heutigen Debatte stellte sich heraus, daß die Prämienwirtschaft von keiner Seite mehr verteidigt werden kann. Aber die Angst, daß es dem Kartell an den Krügen geht, dessen Leitung im engen Zusammenhange mit bürgerlichen Parlamentariern der verschiedensten Färbung steht, machte sich in geradezu komischer Weise geltend. Während die Linke und auch Genosse Wurm den Abschluß einer internationalen Konvention mit Freuden begrüßten, jammerte Herr Noeßke über den drohenden Untergang der Rübenzuckerfabrikation, wenn diese Konvention zu Stande käme. In bekannter Manier suchte er auch wieder den Chauvinismus

in den Dienst privatkapitalistischer Interessen zu stellen, indem er die Behauptung wagte, daß die Beschränkung des sogenannten Ueberzolls auf 4,80 Mk. ein Eingriff fremder Staaten in die inneren Angelegenheiten Deutschlands sei. In seinem Eifer hatte er dabei die Nachrichten über die Verhandlungen in Brüssel gründlich mißverstanden. Er war nämlich der Ansicht, daß nicht der Ueberzoll über die Verbrauchsabgaben hinaus, sondern der Gesamtzoll auf 4,80 Mk. herabgesetzt werden soll.

Während der Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann wieder einmal zeigte, daß er freihändlerischen Gedankengängen nicht verschlossen gegenüberstehe und seine Rede manche Spitze gegen die Rechte bot, suchte Herr v. Podbielski die Agrarier wieder dadurch zu versöhnen, daß er ganz ähnlich wie Herr v. Pardorff behauptete, an der Zunahme des Rübenbaues trage die Unrentabilität des Getreidebaues schuld.

Für das Zuckerkartell trat weiter noch der Zuckerehrliche Paasche, Herr v. Pardorff und Herr v. Staudy in die Schranken, während Dr. Barth, Gothein und Richter im Verein mit Wurm die schädliche Wirkung gerade dieses Kartells nachwiesen.

Die Ansätze für die Zuckersteuer und für die Börsensteuer wurden im Uebrigen genehmigt.

Am Montag kommt der Etat der ostasiatischen Expedition, des Auswärtigen Amtes und der Kolonialetat an die Reihe.

155. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Frhr. v. Thielmann.

Eingegangen ist der erste Nachtragsetat.

Auf der Tagesordnung steht zunächst aus dem Etat der Zölle und Verbrauchssteuern der Titel 3: Zuckersteuer zur zweiten Debatte. (Berichterstatter Abg. Richter.) Dr. Pachnide (SPD): Ich möchte den Herrn Reichsschatzsekretär bitten, uns Auskunft über die Ergebnisse der Brüsseler Zuckerkonferenz zu geben. Ueber die Notwendigkeit der Aufhebung der Ausfuhrprämie herrscht allgemeine Uebereinstimmung; die Hauptsache aber ist, daß der Zoll allgemein auf 6 Fr. herabgesetzt wird. Hoffentlich wird das deutsche Reich einer solchen Umwälzung zustimmen. Freilich wäre das Kartell in seinem Fortbestand gefährdet, doch das wäre kein Schaden. Der Verbrauch des Zuckers könnte erheblich gesteigert werden, wenn der Preis nicht so hoch wäre. Also auch die Rechte hätte allen Grund, dem Abkommen zuzustimmen, das eine Steigerung des Konsums zur Folge hätte.

Staatssekretär Freiherr v. Thielmann: Ueber die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz kann ich Ihnen keine ausführlichen Erklärungen abgeben, da die Verhandlungen in Brüssel noch nicht abgeschlossen sind. Doch ist die Hoffnung berechtigt, daß der Abschluß eines internationalen Vertrages möglich wird. Das, was in den Zeitungen steht von der Aufhebung der Prämien, der Fixierung eines hohen Ueberzolls und der Sicherung durch Zuschlagprämien von Seiten der beteiligten Länder gegenüber den Ländern, die Ausfuhrprämien zahlen, ist aufreißend. Wir sind nicht aus Furcht vor dem Zustand nach Brüssel gegangen, sondern um unserem Zucker eine Ausfuhrmöglichkeit zu sichern. Wenn die Konvention nicht zustande kommt, so ist die Ausfuhrmöglichkeit beschränkt durch die große Zunahme der Zuckererzeugung bei uns selbst, durch den Aufschwung der Zuckererzeugung in Cuba und dadurch, daß andere Staaten dem Rübenzucker einen Zuschlagzoll auferlegen. Es war daher eine ernste Pflicht der verbündeten Regierungen, der Gefahr vorzubeugen, daß der deutsche Zucker unrentabel wird, es lag in ihrem Interesse, an der Konferenz in Brüssel teilzunehmen.

Dr. Noeßke (Niederländer) (S. d. L.): Es ist für uns unbedenklich, wie eine Regierung einer andern das Recht zuerkennt, sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes zu mischen, wie das von Seiten Englands geschieht. Geht der Reichstag zu einer Herabsetzung des Zuckersollens seine Zustimmung, so trägt er zum Untergange der Zuckerindustrie bei. Werden die Prämien beseitigt, so hat der Rübenzucker gegenüber dem Rübenzucker einen solchen Vortheil, daß letzterer zu Grunde gehen muß. Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, welche Gegenleistungen von England zu erwarten sind, wenn wir unsere Zölle herabsetzen. Es broht uns dann die Konkurrenz des russischen und des kolonialen Zuckers. Es wird sich fragen, ob nicht die Zuckersteuer unter diesen Umständen abgeschafft werden muß (Abg. Wurm: Sehr richtig!) Wenn sich die Herren der Linke dazu bereit finden, werden wir ihnen gern die Hand reichen. (Bravo! rechts.)

Schatzsekretär v. Thielmann: Unsere Regierung wird keinen Vertrag unterschreiben, in dem wir uns England gegenüber betreffs unserer Ausfuhrprämien oder unseres Zuckersollens binden, während England freie Hand behalten sollte, seine Kolonien vor uns in der Zollgesetzgebung vorzuziehen. Von einer Einmischung kann bei einem zweiseitigen Vertrage nicht die Rede sein. Ferner kann ich mitteilen, daß meines Wissens Oesterreich irgend ein Vorzug gegenüber Deutschland nicht in Aussicht gestellt wurde. Ich wiederhole, daß ich bis jetzt nur von einem Ueberzoll von 6 Fr. gesprochen habe, während Herr Noeßke von einem Gesamtzoll von 6 Fr. gesprochen hat; das ist ein Unterschied von 20 Mk. Dieser Ueberzoll genügt vollkommen, um unsere eigene Zuckerproduktion gegen das Eindringen des Zuckers der Nachbarländer zu schützen. Bezüglich Rußlands erinnere ich daran, daß alle Staaten, die der Konvention nicht beitreten, sich von den Mitgliedern derselben Ausgleichsleistungen werden gefallen lassen müssen. Eine große Zahl von Mitgliedern der Rechte haben sich für Abschaffung der Prämien ausgesprochen. Unsere Produktion ist über das Bedürfnis hinausgewachsen, eine Erhöhung des inneren Verbrauchs ist nur möglich durch Herabsetzung des Zuckers. Durch die Konvention soll eine Erhöhung des Verbrauches und ein ruhiger Abfluß ins Ausland gesichert werden.



**Wurm (SD.):** Was Herr Koeske spricht nur die Furcht, daß das Bestehende, daß der Zuckerring zu Grunde geht, und daß der bestehende Schutz nicht aufrecht erhalten werden kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nur durch diesen aber sind die Zuckerpreise so hoch gestiegen. Der Preis des Zentners müßte 20,50 M. sein, er ist aber 28,25 M. Das ist der Erfolg des Kartells. Das deutsche Volk zahlt außer den 10 Pfg. Staatsabgabe für jedes Pfund Zucker noch 8 Pfg. an den Zuckerring als Liebesgabe (hört, hört! bei den Soz.). Sie (zu den Agrariern) sagen allerdings, das gehört im Interesse der Rübenbauern, diese aber werden von Ihnen sehr schlecht bezahlt. Heute herrscht in der Zuckerindustrie eine Ueberproduktion von 6 Millionen Doppelzentnern. Freilich läßt sich eine künstliche Steigerung der Konsumtion nicht so leicht erzwingen, wie eine Steigerung der Produktion. Von einem Interesse für die Landwirtschaft kann gar nicht die Rede sein, es handelt sich hier nur um eine Interessengehegung für eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern und Großindustriellen. Da man nicht wußte, wie man den überproduzierten Zucker los werden soll, empfahl man sogar dringend den Kriegereisen den Bezug von Zuckerwaren. Aber erst dann wird der Zuckerkonsum größer sein, wenn der Zucker billiger wird. Die schwierige Lage in der Zuckerindustrie ist nur hervorgerufen worden durch die Nimmerjahren in eigenen Lager, die nun da stehen, wie die betäubten Löcher, denen die Felle weggeschwommen sind. (Weiterkeit.) Es ist sehr charakteristisch, wenn es das Organ der Zuckerindustrie für das Beste erklärte, das Zuckerlager unter Wasser zu setzen, es ist kennzeichnend, daß solche Pläne überhaupt ernsthaft ernogen werden können. Es ist ja auch vorgeschlagen worden, den Zucker zu denaturieren, und das Vieh damit zu füttern. Das ist agrarische Wirtschaftspolitik und hat notwendig das Gericht zur Folge gehabt, das jetzt über Sie herabgebrochen ist. Wenn aber Ihr kapitalistisches System zusammenbricht, so wird das deutsche Volk seine Freude an seinen Nagen davon haben. (Bravo! bei den Soz.)

**Dr. Baasche (M.):** Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat mich wenig befriedigt. Die Frage ist von großer Tragweite für die Zuckerindustrie und damit, wie ich Herrn Wurm gegenüber betone, auch für die Landwirtschaft. Wurm betont mit Recht, daß der Zucker eines der wichtigsten Nahrungsmittel für das Volk ist. Wo wären wir aber, wenn wir die Rübenzuckerindustrie nicht durch Schutzzölle großgezogen hätten? Sie sagen, wir hätten eine Ueberproduktion herbeigeführt; Ueberproduktion bedeutet aber billige Preise für die Konsumenten. (Ruf bei den Soz.: Für die ausländischen.) Die Ueberproduktion an Zucker ist durch die überhöhten Rübenzuckerpreise verursacht. Das ist aber eine vorübergehende Erscheinung. Das Zuckersteuergesetz hat die Ueberproduktion nicht herbeigeführt. 500 000 Tonnen sind an Zucker in den letzten zehn Jahren in Ländern hergestellt worden, an die man früher gar nicht dachte, wie Rumänien, Italien. Ueber das Zuckerkartell ist hier sehr viel geredet worden, ich will auch nicht alle Manipulationen des Raffineriehandels vertheidigen, aber wenn die Rohzuckerproduzenten und die Rübenbauer noch einigermaßen bestehen können, so verdanken sie es dem Kartell. Wenn die Prämien schon Oktober 1903 aufgehoben werden sollten, wie Zeitungsnachrichten behaupten, so wäre das ein vernichtender Schlag für die Industrie. Deshalb muß der deutschen Zuckerindustrie ein größerer Spielraum zur Vorbereitung zum Kampf auf dem Weltmarkt ohne Prämien gelassen werden. (Bravo! h. d. Nat.)

**v. Kardorff (Rp.):** befreit, daß das Kartell an der Ueberproduktion Schuld ist. Die Ueberproduktion hat Graf Caprivi mit der Herabsetzung der Getreidezölle verursacht. Geben andere Staaten die Prämien auf, so können wir unsere Prämien auch aufheben. Die von England gewünschte Befreiung des Ueberzolls ist aber ein Eingriff in die staatliche Autonomie.

**Preussischer Landwirtschaftsminister von Bodielski:** Die Ueberproduktion in Zucker kommt von erhöhten Kartoffelpreisen. Der erhöhte Kartoffelpreis kommt daher, weil der Körnerbau nicht mehr rentiert. Herr Wurm jagte, Zucker sei ein notwendiges Nahrungsmittel. Dann müssen Sie aber ein Gesetz gegen die künstlichen Süßstoffe annehmen (Lachen links.), denn die künstlichen Süßstoffe kann ich nicht als Nahrungsmittel anerkennen. (Sehr wahr! rechts.) Führt die Konvention zu veränderten Zollsätzen, so wird das Haus Beschluß fassen müssen. Sie müssen sich verständig halten, daß ich als Landwirtschaftsminister dafür sorgen werde, daß die Konvention nicht von heute auf morgen in Kraft tritt.

**Richter (Sp.):** Wenn ich den Herrn Landwirtschaftsminister recht verstanden habe, dürfte ihm lieb sein, die Konvention läme nicht aufzuheben. (Weiterkeit.) Süßstoffe gebraucht nur der, dem es am bloßen Verzehrung zu thun ist und dem Zucker zu thun ist. Ich begrüße es mit Freude, daß die Konvention zu Stande kommen soll, es hätte schon längst in deutscher Interesse gelegen, die Zuckervereinigung abzuschließen. England hat gewiß im eigenen Interesse den Anstoß zu der Konvention gegeben, dieses ist aber mit dem deutschen Interesse identisch. Es ist sehr recht, daß die Rechte es abgelehnt hat, das Zuckerkartell zu vertheidigen, denn dieses ist ein großer Ueiz. Herr v. Kardorff ist mit der Aufhebung der Prämien einverstanden, er will nur nicht, daß der Zoll herabgesetzt wird. Beide Fragen hängen aber innig zusammen und England hat auch ganz recht, beide Fragen als ungetrenntlich zu behandeln. Die Konvention soll sobald als möglich kommen und muß dem Reichstag sofort vorgelegt werden: ich bin überzeugt, sie wird eine große Mehrheit auf sich vereinigen und die paar Dürdler werden in einer Opposition stehen. Ich könnte es ja behaupten, daß die Opposition nicht größer ist, als ich vornehme, denn ich könnte mir keine bessere Periode denken, als die Zuckererntezeit. (Sehr gut! links.) Ich schreibe mit dem Wunsche, daß es nach dem Spitzkrieg zu gehen möge, wie dem Zuckerring, und daß die harte Gegenüberstellung, die zu beiden geführt hat, auch in die Rechte gehen möge. (Beifall links.)

**v. Standy (R.):** Es ist absolut unzweifelhaft, daß Deutschland die Ueberproduktion verursacht hat. In anderen Ländern ist die Steigerung der Produktion viel größer. Es ist bezweifelhaft, daß Herr Richter nur gegen die Rechte der Landwirtschaft so energig vorgeht, dagegen niemals gegen die andere Partei. (Sehr richtig! rechts.) Einem Justizminister der Konvention vor dem 1. Oktober 1904 wird die Regierung bestimmt nicht zustimmen. — Ein Ueberzoll von 6 Mark halte ich für ungenügend, um die Konkurrenz des Auslandes zu verhindern.

**Dr. Barth (Sp.):** Darüber, daß die Prämien aufgehoben werden sollen, herrscht Einmüthigkeit, man strebt sich nur gegen Herabsetzung des Zolls und wünscht, daß die Zölle nicht so hoch sind, wie die Zuckerindustrie ihnen wollen, möglichst spät kommen möge. Sehr richtig ist es, daß England sich der Bewegung anschließt hat. Ich bin überzeugt, daß, wenn der südafrikanische Krieg noch länger andauert, in England auch sonst die schützenden Beschränkungen die Ueberproduktion von Zucker sehr zum Schaden Deutschlands. Heute aber wollen wir Englands französische Zwangsmaßnahme annehmen. Ich wünsche noch eine weitere Herabsetzung des Zolls unter 6 Mark, um auf jeden Fall einen Zusammenbruch des Kartells herbeizuführen. Die Beschäftigung der Prämien ist lange nicht so wichtig wie die Beseitigung des Kartells. Ich hoffe, daß die Konvention diesen Erfolg haben wird. (Beifall Bravo! links.)

**Schrempf (R.):** Da der Schweizebau in Barmen nicht rentiert ist, ist der Bauer gezwungen, mehr Rübenbau zu treiben. Die großen Schwelbe liegen nicht auf der rechten Seite, sondern auf Ihrer Seite. (Lachen links.) Die Landwirtschaft zahlt 287 M. Steuern für Zucker, Spiritus und Tabak und das nennt man Schutzgeben. Wir werden die Konvention mit der härtesten Kritik prüfen müssen, denn die Regierung erweist sich als lässig. Wenn möglich heute noch einen warmen Bescheid herbeiführen. (Bravo! rechts.)

**Gotheis (Sp.):** Es kann die Position unserer Regierung kaum stärken, wenn man sie als unfähig hinstellt. Die Konvention des Auslandes können wir nicht nicht zu fürchten, denn unsere

Zuckerindustrie ist technisch hervorragend entwickelt. Ich hoffe, daß jetzt der Zoll so herabgesetzt wird, daß sich der inländische Konsum wesentlich erhöht. Wir sind der Meinung, daß die Rechte der Gegenüberstellung nicht im Interesse einzelner Landwirthe werden kann, sondern nur im Interesse der Allgemeinheit. (Sehr richtig! links.)

**Gerold (Z.)** spricht den Wunsch aus, daß die Bräuferei Konvention zustande kommen und die Zuckerpriämien abgeschafft werden mögen. Wenn Rußland der Konvention nicht beitrete, müßte es einen Ueberzoll von 20 Mark zahlen, denn Rußland sei ein sehr gefährlicher Konkurrent.

**Dr. Koeske, Kaiserlautern (B. d. L.)** meint, Abgeordneter Baasche unterschätze die Konkurrenzfähigkeit des Rohzuckers. Rußland produziere bereits heute so viel Rohzucker wie vor dem Kriege.

**Wurm (SD.):** Herr Schrempf meinte, die an der Zuckerindustrie interessierten Kapitalisten läßen auf der linken Seite des Hauses. Nun, in den geschäftsführenden Ausschüssen und in den Ausschüßsäßen sitzen bekannte Herren aus der Konservativen und Zentrumspartei. Herr Baasche äußerte, der Vorschlag, den überflüssigen Zucker unter Wasser zu setzen, sei nicht Ernst zu nehmen; er ist absolut ernst gemeint gewesen. Zum Beweise verliest Herr den betreffenden Artikel aus der Dezembernummer der Zeitschrift „Deutsche Zuckerindustrie“. Die Zuckerindustrie hat, wie kann eine zweite im deutschen Reich, ungeheure Summen aus den Taschen der Steuerzahler erhalten. Es geschah, trotzdem die Zuckerfabriken Zeiten der größten Prosperität durchgemacht haben. Den Zuckerfabriken wurde über das normale Maß hinaus gestattet, Frauen zur Nachtarbeit zu beschäftigen. Sie haben dadurch, daß sie polnische Arbeiter als Lohnbrüder herangezogen haben, das Konkurrenzverhältniß der ganzen Bevölkerung herabgedrückt! (Bravo! h. d. Soz.)

**Schrempf (R.)** behauptet, daß die von Herrn Wurm angeführten Herrn Vertreter der Rohzuckerindustrie sind.

**Wurm (SD.):** Herr Schrempf irrt sich, es heißt ausdrücklich: im Ausschüßsäßen des Raffineriehandels.

Da Abg. Schrempf dieser Behauptung neuerdings widerspricht, schlägt Präsident Graf Ballestrem vor, daß sich die Herren nachher privatim darüber verständigen.

Damit schließt die Diskussion.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die nächste Sitzung auf Montag 1 Uhr anberaumt.

**Tagordnung:** Etat für die Expedition nach Ostasien, Etat des auswärtigen Amtes, Kolonialetat, Vorlage betr. die Uebernahme der Garantie des Reichs für eine Bahn von Nambara nach Mrogo.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Die Scharfmacher rüsten zum Wahlkampf.** Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Zirkular, das der S n u n n g s v e r b a n d deutscher Baugewerksmeister an seine Mitglieder versendet. Die schlatternde Angst der Scharfmacher vor der wachsenden Arbeiterbewegung kommt in diesem Schriftstück zu so sprechendem Ausdruck, daß man es ohne Weiterkeit nicht lesen kann. Hier sein Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Sozialdemokratie ist im deutschen Reiche während der beiden jüngsten Jahrzehnte in außerordentlichem Maße gewachsen. Sie erzielte bei den Reichstagswahlen

1801	1884	1887	1890	1893	1898
312 000	550 000	763 000	1 427 000	1 787 000	2 107 000

Stimmen und steht bezüglich ihrer Stimmenzahl bereits seit 1890 an der Spitze aller in Deutschland bestehenden Parteien. Die Parteiführer rechnen für die bevorstehenden Wahlen auf etwa drei Millionen Stimmen, was deren Erfüllung bedeuten würde, daß die Sozialdemokratie zu weit über 100 gewonnenen Mandaten und damit zur maßgebenden Stellung im deutschen Reichstage gelangt.

Es sei solchen Gefahr rechtzeitig und thätig vorzugehen, ist eine Pflicht, die wir uns als nationaler, wirtschaftlicher, sozialpolitischer und sittlicher Gründe nicht entziehen dürfen. Es liegt auf der Hand, daß im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges auf der ganzen Linie die ohnehin sehr schwierigen Arbeiterverhältnisse geradezu unerträglich werden müssen.

Vor allem gilt es, was bisher allzu sehr vernachlässigt worden ist, für die gründliche Aufklärung der sämtlichen Wahlberechtigten in allen vor der Sozialdemokratie bereits eroberten oder wieder bedrohten Wahlkreisen über die Sinn- und Haltlosigkeit der sozialistischen Hauptlehren zu sorgen. Dies liegt eine sehr gründlich ausgearbeitete Broschüre vor, die diese Aufgabe ohne alle Nebenarbeiten ausschließlich durch selbständige, unaufsehbare Zahlen und Thatfachen erfüllt.

Was nachfolgenden Gründen kann die Schrift jetzt noch nicht allgemein der Öffentlichkeit übergeben werden. Sie soll in einer so großen Auflage hergestellt werden, daß kurz vor der Wahl jedem Wähler der in Betracht kommenden Kreise ein Exemplar verabfolgt werden kann. Um eine lächerliche Verteilung zu sichern, muß in der Anzahl der betreffenden Wahlkreise eine umfassende Organisation geschaffen werden. Alles das erfordert viel Arbeit und Zeit, deshalb müssen die dazu nötigen Mittel schon jetzt aufgebracht werden.

Zu Ueber einstimmung mit dem von den angezeigten industriellen und handwerklichen Vereinigungen eingesetzten Ausschüsse richten wir an alle Parteiführer resp. unseren Vereinen anzugehenden Kollegen die Bitte, daß sie pro Kopf der von ihnen durchschnittlich beschäftigten Arbeiter zehn Pfennig „für besondere Agitation“ an den Vorstand einbringen. Wir hoffen, daß im Hinblick auf die bekannte Opferwilligkeit der Gegner niemand sich anschließender wird, und denken im voraus verbindlich.

Die Schrift soll, wie bereits versprochen, angeht, kurz vor den nächsten Reichstagswahlen zur Verteilung gelangen. Dieser Zeitpunkt tritt mit dem Ablauf der jetzigen Wahlperiode im nächsten Jahre ein. Eingeweihte Kreise werden jedoch auch damit, daß sehr leicht eine Aufhebung des Reichstags und die Neuwahlen bereits in diesem Jahre stattfinden könnten. Deshalb ist es notwendig, alsbald mit der Vorbereitung zur Verteilung der Broschüre und mit der Anbringung der hierzu nötigen Gelder zu beginnen. Wir bitten deshalb die Herren Kollegen, die Einbringung der Beträge alsbald anzuschließen zu wollen.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Die Zeit der großen Mittel ist vorbei. Ausnahme-gesetze, Zuschußvorlagen sind den Weg allen Fleißes gegangen, die Beschränkung des Wahlrechts ist ein schöner Traum geblieben und die scharfmacherischen Hoffnungen finden keinen Halt mehr, als an einem kleinen Proschürchen. Glaubt doch wie Ostar, jetzt kommt wie Helene! Der industriellen Uebermenschen will mit tugendhaften Traktäten haufieren gehen, damit die Sozialdemokratie nicht auf drei Millionen Stimmen komme. Wir warten mit Fiebern auf unsere endgültige Vernichtung durch Traktäten!

Von der internationalen Zuckerkonferenz in Brüssel wird gemeldet: In der Zuckerkonferenz wurde Sonnabend eine allgemeine Verständigung erzielt. Die Einfuhrzölle sollen überall 6 Franks betragen, bei Abschaffung aller direkten und indirekten Prämien. Als Anfangstermin des Vertrages gilt das Jahr 1903. England verpflichtet sich, dem Rohzucker keine Vorzugsbehandlung angedeihen zu lassen, wenn sich der jetzige geringe Einfuhrzoll erhöhen sollte. Wegen der Vollmachtsformalitäten erfolgt die Unterzeichnung erst am Dienstag. — Einen letzten Versuch, Deutschland von dem Anschluß an den internationalen Zuckervertrag abzuhalten, wollen die Z u c k e r i n d u s t r i e l l e n machen und dazu am 6. März d. J. im Kaiserhof zu Berlin zu einer außerordentlichen Versammlung zusammen-treten.

**Die deutsch-konervative Fraktion des Reichstags** hielt am Sonnabend Vormittag eine Sitzung ab, um Stellung zum Zolltarif zu nehmen. Die Vertreter der Partei in der Zolltarifkommission (Fehr. v. Wangenheim, Metlich, Graf Schwerin und Graf Ranitz) erstatteten Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in der Kommission. Nach der „Kreuzzeitg.“ wurde ihnen für ihre bisherige Haltung das Vertrauen der Fraktion ausgesprochen. — Bekanntlich haben aber die vier Konserverbatter in der Zolltarifkommission keine einheitliche Haltung eingenommen, sondern Fehr. v. Wangenheim hat sich durch Stimmhaltung beim Kompromißantrag von seinen Kollegen getrennt. Wenn die „Kreuzzeitg.“ erklärt, daß eine feste Marschlinie ins Auge gefaßt sei und an einer entschiedenen Haltung nicht zu zweifeln sein werde, so läßt sie völlig im Dunkeln, ob sie dabei an die Haltung des Fehr. v. Wangenheim oder an die Kompromißpolitik der drei anderen konservativen Kommissionsmitglieder gedacht hat.

**Eine Zolltarifdebatte** gab es Sonnabend in der bayerischen Kammer. Heim (Z.) warf der bayerischen Regierung in komischer Weise vor, daß sie durch ihre Stellungnahme gegen einen höheren Gerstenzoll die „vitalisten Interessen der bayerischen Bauern“ geschädigt habe, und erklärte sodann im Namen seiner bayerischen Landtagsfraktion und im Namen der bayerischen Mitglieder des Reichstages, von denen er nur eins bis zwei bisher nicht gesprochen habe, daß die Zolltarifvorlage in ihrer jetzigen Gestalt für sie unannehmbar sei. Wenn der Zolltarif falle, so trage daran die bayerische Regierung mit ihrer Ablehnung des höheren Gerstenzolles die Schuld. — Finanzminister Fehr. v. Kiedel erwiderte, die Regierung sei stets bestrebt gewesen, Alles zu thun, was der Landwirtschaft nicht, aber die Grenze dabei liege in der Rücksicht auf die Konsumenten, den Handel und die Industrie. Die verbündeten Regierungen seien bezüglich der Mindest- und Weisfänge für Gerste einig, gerade weil alle der Landwirtschaft helfen wollen. Der Minister verwahrte sich nachdrücklich gegen die Angriffe Heims und warnte davor, die Wirkung einer etwaigen Ablehnung des ganzen Zolltarifs zu unterschätzen. Dann hätte die Landwirtschaft garnichts erreicht und werde nur selbst unter der Schirmung der Industrie mitleiden. Der Minister wurde während seiner Ausführungen häufig durch scharfe Zurufe des Abg. Heim und durch tumultuarisches Verhalten des Zentrums, durch Gelächter und lauten Meinungswechsel einzelner Gruppen kirchlicher Abgeordneter unterbrochen. Die weitere Debatte ergab, daß die Mitglieder des Bauernbundes aus denselben Gründen wie Heim wegen des niedrigen Gerstenzolles den ganzen Zolltarif für unannehmbar erklären, während sich im Namen der Liberalen Dr. Casselmann im gleichen Sinne wie der Finanzminister aussprach. Von unserer Seite sprach Vollmar. Er sagte, er habe es seitherzeit im Landtag vorausgesagt, daß die Bauern von den Junkern über's Ohr gehauen werden würden. Er freue sich, wenn die Zolltarifvorlage scheitere, das werde nützlich für das bayerische und deutsche Volk und für die Bauern sein. Nach einer Reihe von persönlichen Erklärungen ward das Thema verlassen.

**Ein geheimer Kampf**, der garnicht einmal mehr geheim ist, wird gegenwärtig darum geführt, eine gewisse maßgebende Stelle zu überzeugen, daß es ohne die konservativen Agrarier in Preußen = Deutschland doch nicht gehe, daß die Linke aus lauter Reichs- und Staatsfeinden bestehe und daß man daher schließlich sich doch mit den Junkern und Agrariern einigen müsse. Der „Frankf. Btg.“ wird darüber aus Berlin geschrieben:

„Man hat Kenntnis erhalten von dem ungünstigen Bind an dieser Stelle gegenüber den Konservativen. So ist es auch zu verstehen, daß diesmal im Zirkus Busch die Loyalität und Königstreue der „deutschen Bauern“ so reiflich betont worden ist, und daß Fehr. v. Wangenheim dort die sonst etwas räthelhaften Worte gesprochen hat: Es wäre furchtbar, wenn der Kaiser seine Bauern nicht mehr hören wollte! — diese Bauern, die meistens in der Person von Grafen und Baronen auftreten. So ist's auch zu verstehen, daß in den letzten Debatten des Abgeordnetenhauses beim Ministerium den Junkern die Herren von der Rechten ihre Königstreue so auffällig ostentierten und als Hüter gar nicht bedrohter Kronrechte antworteten, und daß der große Faktir Fehr. v. Zedlitz die Freisinnigen als Sozialdemokraten anzuschwärzen suchte. Herr v. Zedlitz wünscht nicht bloß im Ganzen, wo es ihm nicht gelingen werde, sondern bei einer ganz anderen, wesentlich einflussreicheren Stelle den Glauben zu erwecken, als ob die ganze linke Seite, speziell die Freisinnigen, eigentlich nichts anderes seien, als verkappte Sozialdemokraten. Als ein Gegenstück in diesem Kampfe ist wohl auch die taffere Rede des Herrn v. Ethern aufzufassen, bei dem demagogischen Charakter des Bundes der Landwirthe kennzeichnend.“

**Der Segen der erhöhten Getreidezölle** für die Großgrundbesitzer illustriert drastisch die Neuverpachtung des Hofgutes Utphe in der Wetterau. Es wird darüber berichtet:

„Dieses dem Grafen zu Solms-Laubach gehörige 700 Morgen große Gut hatte der Oekonom Fülberth seit 24 Jahren in Pacht und auf das beste bewirtschaftet. Mit Führung der größten Bewirtschaftung ist seit kurzem ein Herr Schön, früher Staatsanwalt und Bezirksvorsteher des Bundes der Landwirthe in Nassau, betraut. Trotzdem die Herren vom Bunde der Landwirthe behaupten, die höheren Getreidezölle sollten in erster Linie den mittleren und kleineren Landwirthen zu gute kommen, fordert dessen früherer Bezirksvorsteher und Mitglied Sachn mit Rücksicht auf die aus dem neuen Zolltarif für die Landwirtschaft sich ergebenden Mehr-Einnahmen eine Pacht-erhöhung von 4 Mark pro Morgen, was bei einem jetzigen Pachtpreis von 18 Mark einen Anschlag von 22 Prozent bedeutet. Es gelang ihm auch, einen anderen Pächter zu finden, welcher 22 M. Pacht pro Morgen bot, bei Verschärfung der Pachtbedingungen, welche dem Pächter weitere Opfer auferlegten.“

Dieser Pachtpreis, welcher sich mit den übrigen Lössen



auf 27 Mk. pro Morgen beläuft, wurde auf genanntem Gute noch nie gezahlt und steht in kräftigstem Widerspruch zu den steten Klagen des Bundes der Landwirthe, daß die Landwirtschaft keine Erträge liefere. So sieht die „Mittelstandspolitik“ des Bundes der Landwirthe aus!

**Aus den deutschen Kolonien.** Aus Kamerun hat nach der „Tägl. Rundschau“ schon wieder ein Dampfer 5 Personen nach Hamburg gebracht, die das deutsche Gericht in Kamerun wegen verschiedener Verbrechen zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurtheilt und zur Verbüßung ihrer Strafen nach Deutschland gesandt hat. Im Ganzen sollen 25 Personen wegen verschiedener Verbrechen verurtheilt worden sein. Vielleicht bequemt sich die Regierung alsbald dazu, öffentlich bekannt zu geben, welcher Bestialität sich diese 5 Personen schuldig gemacht haben! — Im Hinterland von Kamerun ist auf einer Inspektionsreise im Buliland der Vertreter der Bremer Westafrika-Gesellschaft, Georg Peterßen, gestorben. — In Deutsch-Südwestafrika ist der Sergeant Schälke in Karibib gestorben, der Reiter Niebel beim Baden im Dransesfluß ertrunken. — In Deutsch-Ostafrika ist der Leutnant Schierich in Dar-es-Salaam an Typhus und der Sergeant Paruhn in Wilhelmstal am Schwarzwasserfieber gestorben. Beim Bau der Uambarabahn erlag ein europäischer Magazingehülfe dem perniziösen Fieber. — Das sind alles wieder recht trostliche Meldungen aus unseren Plätzen an der Sonne!

**Kleine politische Nachrichten.** Zu der Reichstags-erläßwahl im 14. hannoverschen Wahlkreis sind bisher als Kandidaten aufgestellt: Renier Fritz Wehl-Gelle (national-liberal), Gutsbesitzer Haastrik-Evern (foujervativ), Rittergutbesitzer v. d. Wense-Bargfeld (Welse), Reaktor Thielhorn-Hannover (Sozialdemokrat). Dem Vernehmen nach will auch der Bund der Landwirthe noch einen besonderen Kandidaten aufstellen. — Der nunmehr vom Bundesrath verabschiedete zweite Nachtragsetat für 1901 enthält eine Forderung von 355 000 Mk. zur Bereinigung von Mitteln für Beihilfen an anerkannte Invaliden für das Vierteljahr Januar-März 1902. — In der Posttarifkommission hat Abg. v. Wangenheim den Antrag gestellt, den Kapazoll, der gegenwärtig 2 Mk. beträgt und in der Regierungsvorlage auf 3 Mk. erhöht werden soll, statt dessen auf 5 Mk. zu erhöhen, den Zoll für Federdichtungen dagegen zu freiden. — Dem Reichstage ist eine umfangreiche Uebersicht über die Verhältnisse der Arbeiter in den Betrieben des Reiches zugegangen. — Die vierte Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verurtheilte Sonnabend den Chefredakteur der „Nationalzeitung“, Köbner, zu 60 Mk. und den Rechtsanwält Horn, den Verteidiger Hiedels, zu 100 Mk. Geldstrafe wegen vorzeitiger Veröffentlichung von Aktenstücken des Kräftig-Prozesses in der „Nationalzeitung“. — Zum Chefpräsidenten des preussischen Oberverwaltungsgerichts an Stelle des Wirkl. Geh. Rathes Perinns ist, der „Berl. Bzg.“ zufolge, der Wirkl. Geh. Oberregierungsrath und Direktor im Kultusministerium Dr. Kögler ernannt worden. — In Folge der Studentenunruhen in der Moskauer Universität sind etwa 250 Studenten und andere Personen von der Polizei zu einer Woche bis 3 Monaten Haft verurtheilt worden. — Die französische Deputation kammer lehnt am Freitag einen sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten mit 399 gegen 133 Stimmen ab, nahm dagegen den Antrag Breton auf baldige Reform der Strafkompanien, in denen noch Folterstrafen zur Anwendung gelangen, an, nachdem der Kriegsminister erwidert hatte, es handle sich hier um Fälle, die vor langer Zeit vorgekommen seien und darauf hinzuweisen, daß er eine Kommission eingesetzt habe, welche beauftragt sei, die nöthigen Reformen vorzubereiten. — Der türkische Marschall Fuad Pascha wurde bei seiner Ankunft in Damaskus festgenommen und in einer Kaserne internirt. — In Cartagena (Spanien) beschloßen die ausländischen Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen. — Zum Präsidenten der Republik Brasilien ist Francisco Rodrigues Alves, zum Vizepräsidenten Sibiano Brandao gewählt worden.

**Belgien.**  
**Sozialistische Kundgebungen.** Da für Sonntag sozialistische Kundgebungen in zahlreichen Städten und Dörfern Flanderns angekündigt waren, wurden die Truppen von Gent, Opdena und Brügge in den Kasernen konsigniert und Sonderzüge bereit gehalten, welche die Soldaten sofort an die Stätten der Kundgebungen bringen können. In mehreren Orten hatten die Behörden jede Kundgebung unterlagt. Ueber den Verlauf der Kundgebungen selbst liegen bisher noch keine Nachrichten vor.

**England.**  
**Die Gentlemen in Khasi,** welche Südafrika unsicher machen und für welche Lord Roberts in Anspruch nahm, daß man sie für Angehörige der besten Armee der Welt gelten lasse, werden durch folgende Skizzen charakterisiert. Vor den Richtern in Brentwood erschienen 2 Soldaten vom Essex-Regiment im Alter von 18 und 19 Jahren. Beide hatten eines Abends auf der Landstraße ein junges Mädchen vergewaltigt. Vor den Richtern erklärte ein Zeuge, der Leutnant vom Regiment, daß beide Gefangenen im April nach Südafrika gehen sollten. Man kann sich vorstellen, welche Thaten von diesen beiden Senten verübt werden können, wenn sie durch den Krieg noch mehr verroht, ganz außer Rand und Band gerathen. Ein anderer englischer Soldat, ein Artillerist im Alter von 22 Jahren, hatte sich wegen Angriffe auf ein kleines Mädchen zu verantworten. Der Richter erklärte es für eine Schande, daß man solchen Personen gestatte, in Uniform vor Gericht zu erscheinen. Das heißt doch, der Abhub englischen Verbrechenthums wird auf die Buren losgelassen.

**Transvaal.**  
**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Bei dem in der Sonntagsnummer gemeldeten Siege der Buren handelt es sich nach den jetzt vorliegenden ausführlicheren Nachrichten leider um keinen neuen Sieg, sondern lediglich um eingehende Nachrichten über das Geschehniß bei Mersdors, wo, wie Mitte voriger Woche von uns berichtet, der angeblich leere Donopische Convoy (Train) in die Hände der Buren fiel. 16 Offiziere und 437 Mann und dabei von den Buren gefangen genommen worden und nach der gewiß nicht zu hoch gegriffenen Schätzung des englischen Kriegsministers Brodrick haben etwa 120 Engländer den Tod gefunden. Die Buren sind also noch immer in der Lage, mit Erfolg angreifend vorzugehen, und es sind keine Anzeichen vorhanden, daß ihr Muth erlahmt ist. In England hat die Nachricht über die Niederlage bei Mersdors selbstverständlich eine ablehnenhafte Stimmung erzeugt, die nur einigermaßen dadurch gemildert wird, daß es, wie ebenfalls schon gemeldet, den Engländern am 27. Fe-

bruar gelungen ist, bei den Hezjagden innerhalb der Blochhauslinie eine Abtheilung von 600 Buren gefangen zu nehmen. In seiner letzten Nachricht beziffert Lord Roberts die Burenverluste sogar auf 759 Mann, neben 50 Todten und 10 Verwundeten, wobei es jedoch sicherlich nicht ohne einige Uebertreibungen abgegangen sein wird, denn ein starker Wassan that den Engländern noth, nachdem ihnen mit der Nachricht über die Niederlage ihrer Truppen bei Mersdors so schwer ans Herz gegriffen worden war. Aber was für die Engländer das Schlimmste ist: Dewet ist wieder glücklich entkommen. Wie die „Daily News“ aus Pretoria berichtet, betheiligen sich augenblicklich nicht weniger als 32 Kolonnen an den Operationen gegen Dewet. Derselbe führt angeblich nur 1300 Mann mit sich.

„Daily Mail“ berichtet aus Pretoria: Auf Grund der Burendokumente, welche in den letzten sechs Monaten in die Hände der englischen Truppen gefallen sind, konnte festgestellt werden, daß die Buren noch immer regelmäßig Gold beziehen. Das Geld hierzu scheinen sie aus europäischen Banken und Geheimdepots zu erhalten. — Der Kriegsberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Heilbronn, daß während des jüngsten Kesseltreibens gegen Dewet ein Keffe Steijns gefangen und kriegsrechtlich erschossen worden sei, weil er versuchte, durch die britischen Linien in der Uniform eines Neomanrhauptmanns zu gelangen.

**Vereinigte Staaten.**  
Durch eine Lawine sind bei Deluride (Colorado) das Schachthaus und andere Gebäude der Grube „Liberty Bell“ in eine Gebirgsschlucht hinabgerissen worden. Von den hierbei verunglückten Menschen sind bereits 39 als Leichen geborgen; während der Rettungsarbeiten ging eine zweite Lawine nieder, welche viele von den Rettungsmannschaften unter sich begrub. Im Ganzen kamen 75 Arbeiter ums Leben.

**China.**  
Es gährt und brodelst noch immer. In der Umgegend von Hanking ist wieder ein förmlicher Aufruhr ausgebrochen. Folgende Nachrichten aus Peking liegen darüber vor: In seiner Antwort auf eine Anfrage des amerikanischen Gesandten Conger theilt das chinesische Auswärtige Amt mit, dem Aufstand hätten sich 10 000 Soldaten und zahlreiche Rekruten angeschlossen. Einem Telegramm des Präfecten an das Auswärtige Amt zufolge befinden sich die Missionare in großer Gefahr. Das Auswärtige Amt ersucht deshalb die Missionare, sich unter militärischem Geleit zur Küste zu begeben, da die Unterdrückung des Aufstandes einige Zeit erfordern werde. Es sind bereits Truppen abgegangen, um die bedrohten Missionare nach Wuchau zu bringen.

Die Zahlung der zweiten Rate der chinesischen Kriegsschuld ist beanstandet worden. Der „Times“ wird aus Schanghai vom 28. Februar gemeldet: Die zweite monatliche Rate der Entschädigungssumme ist heute fällig. Der Loatai war bereit, sie anzuzahlen, aber die Mitglieder der internationalen Bankiers-Kommission konnten sich nicht über die Vertheilung des Betrages einigen und ersuchten telegraphisch die betreffenden Finanzminister um nähere Instruktionen.

### Ubed und Blochberggebiete.

Montag, den 3. März.  
Die sämtlichen Geschäftslokalisitäten uneres Blattes, sowie die Buchhandlung, sind von jetzt ab auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses der Firmenträger und der Preßkommission Sonntags geschlossen. Anlaß hierzu gab ein Beschluß der hiesigen Zahlstelle des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, nach welchem, einer Resolution des Transportarbeiter-Kongresses entsprechend, in allen Geschäften, wo es angängig ist, die völlige Sonntagsruhe durchgeführt werden soll.

**Heute Abend 8 1/2 Uhr Experimental-Vortrag im Vereinshaus.**  
Die „nothleidenden“ Landwirthe unseres Landgebiets gaben sich am Freitag Abend im „Casino“ mit ihren Damen ein Stellbildchen. Die bittere Noth zwang Letztere, in den „düstigsten“ Toiletten zu erscheinen. In auffälliger Weise machte sich das Elend der unter geblühten Strohdächern hausenden Agrarier bemerkbar bei der Tafel, die unter der Wucht der verschiedenartigsten Lederbissen schier zusammenzubrechen drohte. Bei Champagner und Sekt, der in Strömen floß, setzte man sich dann auf einige Stinnden hinweg über des Lebens Trübsal. Der Hauptagrarier Ubeds, Herr Lauenstein-Schönböden, eröffnete schließlich den Reigen der kampfs- und redelustigen Hähne. Er krächte in geradezu musterhafter Weise das alte Lied von der Noth der Landwirthschaft. Mit Emphe theilte er im weiteren Verlaufe seiner Rede den stannenden Hähnen und Hennen mit, daß ihm die große Ehre theilhaftig geworden sei, mit dem Reichskanzler sprechen zu dürfen. Aus dessen Munde habe er gehört, wie gern dieser sich Ubeds erinnere. Zum Schluß dokumentierte er, daß er gewillt ist, sich einstweilen unter das Joch der von der Regierung vorgeschlagenen Pollerhöhung zu beugen. Herr Lauenstein macht also die agrarische Opposition gegen die Regierungsvorlage nicht mit. Ob dieser Umschlag in der Ansicht des Herrn auf das Gespräch mit dem Reichskanzler zurückzuführen ist, mag dahingestellt bleiben; fest steht, daß der Lauenstein'sche Flügel im Bund der Landwirthe vor der Regierung zu Kreuze kriechen will, trotz aller hochtönenden Phrasen, die man vorher in die Welt gesetzt hat. Nach einem allgemeinen Kaffeeklatsch wandelten am hellen Tage die „Neumisten der Armen“, manche davon in recht wackerem Zustande, per Wagen ihren heimatlichen Penaten zu, in dem erhebenden Gefühl, wieder einmal in drastischer Weise die Noth der Landwirthschaft bewiesen zu haben.

**Achtung, Müller!** Ueber die St. Jürgen-Dampfmühle, Ragerburger Allee 106, ist seitens der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Müller die Sperre verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

**Die Lage der hiesigen Werftarbeiter.** Seitens der hiesigen Zahlstelle des Werftarbeiterverbandes ist unter ihren Mitgliedern ein Fragebogen in Umlauf gesetzt worden, der sich auf Alter, Familien- und Arbeitsverhältniß erstreckt. Von 200 Mitgliedern haben nun 117 oder 62 Proz. den Fragebogen eingesandt, so daß man sehr wohl in der Lage ist, auf Grund der Feststellungen zutreffende Schlüsse zu ziehen auf die Lage der hiesigen Werftarbeiter. Von den 117 Befragten sind 89 auf der Koch'schen Schiffswerft, 15 in der Lübecker Maschinenfabrik und 13 in sonstigen kleineren Betrieben beschäftigt. Die Lohnzahlung in den beiden ersteren, hauptsächlich in Frage kommenden Betrieben ist eine wöchentliche; jedoch bleibt der Lohn 3 Tage stehen. Eine Kündigung ist nicht vorgesehen. Die Arbeitsmethode ist vorwiegend Akkord, jedoch ist der Lohn gesichert. Für Ueber- und Nachstunden werden 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Wenn Akkordarbeiter Ueberstunden zu leisten haben, so werden 20 Proz. Akkordzuschlag dafür bezahlt. Diese beiden letzten Zugeständnisse sind bei der im Jahre 1900 stattgefundenen Absperrung errungen worden. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Von den 89 Mitgliedern auf der Koch'schen Werft sind 43 Mieter, 25 Hülfсарbeiter, 9 Bohrer, 7 Stemmer, Hobler etc., 5 Schiffsbauer und Schiffszimmerer. Von den 43 Mietern sind 17 verheirathet, diese haben 46 Kinder. 31 Mieter haben ein Alter bis zu 30, 11 bis zu 50 Jahren, und nur ein einziger Mieter auf der Koch'schen Werft hat das fünfzigste Lebensjahr überschritten. Dieser Umstand beweist, wie anstrengend die Arbeit eines Mieters ist; ältere Leute können derselben mit dem besten Willen nicht mehr vorstehen. Demgegenüber vergleiche man einmal die Löhne, die zwischen 24 und 38 Pfg. die Stunde differiren. Der Durchschnittslohn beträgt 32,2 Pfg., fürwahr ein Jammerlohn für eine solche anstrengende, gefährvolle Arbeit. Der Durchschnittslohn der 25 Hülfсарbeiter, von denen 19 verheirathet sind, beträgt 32,25 Pfg. Bis zu 30 Jahren sind alt 8, bis zu 50 Jahren, und über 50 Jahre 1 Hülfсарbeiter. — Der Durchschnittslohn der 9 Bohrer, von denen 7 verheirathet sind, beträgt 32 1/2 Pfg. — Bei den übrigen auf der Werft beschäftigten 12 Arbeitern ist ein Durchschnittslohn von 36,7 Pfg. stündlich vorhanden. — Bei den auf der Lübecker Maschinenfabrik beschäftigten 15 im Werftarbeiterverband organisierten (darunter 13 Verheirathete) schwankt der Stundenlohn zwischen 30 und 42 Pfg.; der Durchschnitt beträgt hier 34,9 Pfg. — Außerdem ergiebt das Resultat von den 13 in sonstigen Werksbetrieben beschäftigten Arbeitern, von denen 5 verheirathet sind, daß der Durchschnittslohn 34 1/2 Pfg. beträgt. Bemerkenswerth ist noch das Ergebnis der Statistiken, daß von den 117 Befragten 61 Arbeiter ihr Mittagessen zu Hause einnehmen können, während die übrigen 56 ihre Mahlzeiten auf den Arbeitsplätzen verzehren müssen. — Es ergiebt sich aus dieser kurzen Zusammenstellung, daß die Lage der hiesigen Werftarbeiter nicht rosig genannt werden kann. Und wie die Werftbesitzer in den letzten Jahren bewiesen haben, sind sie keineswegs geneigt, auf gültigem Wege Lohnaufbesserungen eintreten zu lassen. Als Beweis diene, daß jede, auch die minimalste Forderung, mit einer Absperrung beantwortet wurde, wenn nun trotz der Absperrungen einige Verbesserungen errungen wurden, so kann dies nur ein Ansporn sein, noch mehr als bisher für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, damit durch engen Zusammenschluß aller Werftarbeiter nachdrücklicher für ihre eigene Besserstellung eingetreten werden kann.

**Zwei Lübecker Landgerichtsurtheile** sind durch das Oberlandesgericht forrirt worden. Bekanntlich war der hiesige Photograph W. seitens des Polizeiamts in Geldstrafe genommen worden, weil er während des Gottesdienstes seine Schaufenster nicht verhängt hatte. Auf erfolgten Widerspruch bestätigte das Schöffengericht die Strafbefehle, welchem Entschiede sich auch das Landgericht auf eingelegte Berufung hin angeschlossen. W. rief jedoch das Oberlandesgericht an, welches nunmehr die Entscheidung des Landgerichts aufhob und W. freisprach; außerdem legte es sämtliche Kosten, einschließlich derjenigen der Vertheidigung, der Staatskasse auf. Das Oberlandesgericht stützt sich in seinem Erkenntniß darauf, daß durch die Verordnung lediglich das Ausstellen von Waaren offener Verkaufsstellen getroffen werden sollten. Da aber ein photographisches Atelier keine offene Verkaufsstelle sei, so könne man auch unverkäufliche Photographien nicht unter die Gattung Waaren rubrizieren. — Die zweite Aufhebung betrifft die Verurtheilung des Arbeiters G. Derselbe hatte seiner in Noth von ihm getrennt lebenden Frau, um ihre Rückkehr zu erzwingen, die Mittel zum Lebensunterhalt entzogen. Die Frau fiel der Armenkasse zur Last. Das Schöffengericht als erste Instanz erkannte f. St. gegen G. auf 14 Tage Haft, welche Strafe jedoch vom Landgericht auf eingelegte Berufung auf 30 Mk. ermäßigt wurde. Auch hiergegen hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht bezeichnete es als rechtlich richtig, daß der Ehemann ohne Weiteres die Verpflichung habe, seiner außerhalb seines Wohnortes sich aufhaltenden Frau Alimente zu zahlen. Bei dieser Frage handle es sich darum, festzustellen, ob die Ehefrau sich mit Recht der ehelichen Gemeinschaft entzogen habe. Zweck Prüfung dieses Punktes wurde das Urtheil aufgehoben und die Sache an das hiesige Landgericht zurückverwiesen.

**Der Dampfbagger „Trave“**, welcher vor einigen Tagen zwecks Reparatur nach hier geschafft worden ist, hat nunmehr seine Arbeiten wieder aufgenommen.

**Mit den Erdarbeiten zum Bau der Lübeck-Schlüter Bahn** soll sicherem Vernehmen nach im Laufe dieser Woche begonnen werden, falls nicht abermals ein Bitterungszuschlag eintritt. Trotzdem nach Ansicht sehr kluger Leute in Ubed eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit nicht besteht, so geben wir doch der Hoffnung Raum, daß durch die Inangriffnahme der Arbeiten ein — wenn auch leider nur geringer — Theil der Arbeitslosen untergebracht wird. Um das Wohl und Befeh ihrer Unterthanen besorgte Stadtväter würden nunmehr mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinarbeiten, daß die Vorarbeiten zum Bahnhofsumbau derart beschleunigt würden, daß in kürzester Zeit auch mit diesen Arbeiten begonnen werden könnte. Aber: „Ein besonderer Nothstand besteht nicht!“

**Abgewiesene Klage.** Bekanntlich war seitens der Baudeputation gegen den Heizungs-Ingenieur Schwaer



wegen der Anlagen im Kufftgebäude eine Entschädigungs-  
klage erhoben worden. Das Landgericht hat nun kürzlich  
die Baudeputation mit ihrer Klage kostenpflichtig abgewiesen.  
Die Kosten der Sachverständigen-Gutachten belaufen sich allein  
auf ca. 800 Mark.

Ein Brodbentelmarker trieb am gestrigen Sonntag  
in der Wichebstraße und Umgegend sein Handwerk. Es  
sollen etwa 50 gefüllte Beutel entwendet worden sein.

Die Stelle eines Maschinisten ist auf einem der  
Kanalschleppdampfer zu besetzen. Bewerber, welche im Be-  
sitz eines Patents sind, haben Gesuche mit Zeugnisabschriften  
an Herrn Schaefer, Hafenstraße 2, einzureichen.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: 1.  
die Firma Heinrich Meyer mit dem Sitze in Lübeck  
und als deren Inhaber H. C. E. Meyer; 2. bei der Firma  
Christian Lages, daß das Geschäft nebst der Firma  
auf den Kaufmann R. A. H. D. Höpner übergegangen ist.

Strafkammer II. Ein lebenswürdiger  
Ehemann ist der bereits vorbestrafte Arbeiter A., der am  
Abend des 3. Januar seine Ehefrau in arger Weise be-  
drohte. Kaum hatte der Angeklagte an genanntem Abend  
seine Wohnung erreicht, als er auch schon mit seiner Frau  
einer Lappalie wegen in Streit geriet und derselben dann  
drohte, er wolle ihr mit einem in seiner Hand befindlichen  
Echtpfeifen die Augen ausstechen. Ferner hat er gedroht,  
seiner Frau mit einem Hammer den Schädel einschlagen zu  
wollen. Die Strafkammer verurteilte am Sonnabend den  
Angeklagten, der jedenfalls nach berühmtem Muster in seiner  
Wohnung hunnische Kultur verbreiten wollte, zu 2 Wochen  
Gefängnis. — Zu einer Geldstrafe von 200 Mk.  
wurde der Fahrradhändler R. verurteilt, der in seiner  
Nähermarke das Wort „Continental“, welches einer Ham-  
burger Fahrradhandlung geschuldet war, geführt hatte. Gleich-  
zeitig ertheilte das Gericht dem Hamburger die Be-  
fugnis, das Urtheil in einer hiesigen Zeitung zu ver-  
öffentlichen.

Stöckelsdorf. Eine Parteilung findet am  
Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei Paetan in Fadenburg statt.  
Die Genossen sind hierzu eingeladen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.  
Die Verbände der Maurer und Zimmerleute Ham-  
burgs waren Dienstag versammelt, um über eine neue  
Tarifgemeinschaft mit der Bauhütte zu verhandeln;  
der gegenwärtig gültige Tarif läuft zum 15. März ab, und  
früher war einmal abgemacht worden, daß bei günstiger  
Baukonjunktur nach dieser event. ein Stundenlohn von 70 Pf.  
und ein neunstündiger Arbeitstag eingeführt werden solle.  
Bei einer Beratung mit dem Gesellenausschuß hatte die  
Bauhütte die Konjunktur für nicht günstig genug erklärt, um  
sich auf einen Neinstandtag einlassen zu können; nur an  
den kürzeren Tagen könne das gewährt werden. Die Ver-  
sammlung ging von der Ansicht aus, daß die Baukonjunktur  
durchaus günstig sei und erhob Protest gegen die dem  
früheren Versprechen entgegenlaufende Ablehnung der Bau-  
hütte.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Schö-  
berger Bäckermeister beschlossen, das Brod, welches bisher  
60 Pf. kostete, ab 1. März für 50 Pf. zu verkaufen. Anlaß  
hierzu gab die auswärtsige Konkurrenz. — Von mehreren  
Knaben mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens  
gerettet wurde in Schönberg ein kleines Mädchen, wel-  
ches auf dem Eise des Obersees eingebrochen war. —  
Während des Unterrichts begann das Schulhaus in Rase  
bei Stabenhagen zu brennen, worauf der Lehrer erst durch  
eine fremde Person aufmerksam gemacht wurde. Gleich nach-  
dem die Schüler entlassen waren, stürzte auch schon das  
Dach in sich zusammen. Der Lehrer vermochte nur einige  
seiner Sachen zu retten. — Nach einer Meldung aus Stock-  
holm erklärte das schwedische Kommerz-Kollegium die Groß-  
herzogthümer Medlenburg-Strelitz und Oldenburg  
sowie das Herzogthum Braunschweig für durch Nothkrankheit  
verseucht. — In Teterow wurde ein weiblicher  
„Rechtsanwalt“ verhaftet, der eine Klientin um 300 Mark  
Vorschuss preßte. Die Frau hatte einer Maschinierin ange-  
geben, sie habe schon mehrere Prozesse glücklich durchgeführt. —  
Die Pommerische Hypothekbank beschloß, der Gesellschaft  
zur Erhaltung der Kröpfer Anstalten beizutreten  
und das fehlende Grundkapital herzugeben. Das Fortbe-  
stehen der Ferienanstalt, des Altersheims und des Waisen-  
hauses ist gesichert. — Der Hofbesitzer Claus Klauen in  
Spande bei Hadersleben ist ausgewiesen worden.  
Klauen ist dänischer Unterthan und seit 20 Jahren in Nord-  
schleswig ansässig. — Die Flensburger Strafkammer  
verurtheilte den ersten Steuermann Hochreuter, der einen  
Schiffsjungen derartig mißhandelte, daß er über Bord sprang,  
zu 30 Mk. Geldstrafe. Früher war auf Freisprechung er-  
kannt worden, das Reichsgericht hatte das Urtheil jedoch  
aufgehoben. — Der jugendliche Knabenmörder Salomon  
aus Hamburg stand Sonnabend, des Sittenbergehens ange-  
klagt, vor dem Altonaer Gericht, mit ihm der Schau-  
steller Giller. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung  
Salomons; Giller erhielt 2 Jahre Zuchthaus. Die An-  
klage wegen Mordes kommt in Hamburg zur Verhandlung.  
— Auf dem Schleppdampfer „Sachsen“ ereignete sich nach  
einer Hamburger Meldung ein schwerer Unglücksfall.  
„Sachsen“, der nach der Oberelbe dampfte, geriet  
mit einem Rad gegen eine Eischolle, wobei am  
Rade eine Stange verbogen wurde. Ein Boot-  
mann kletterte mit einer eisernen Brechstange in das  
Rad, um die Stange gerade zu biegen. Bei dem  
Festsetzen der Brechstange schlug ihm dieselbe derart gegen  
das Kinn, daß dasselbe zertrümmert wurde, dann fiel der  
Bootsmann zu Boden und trug eine klaffende Wunde am  
Kopfe davon. Sterbend wurde der Unglückliche ins Kranken-  
haus geschafft. — Die Harburger Gummi-Fabrik  
hat die Aufforderung in der Schaberei um 40 Proz. herab-  
gesetzt, ohne die Arbeiter vorher in Kenntniß zu setzen. Der  
Inhaber der Fabrik, Dr. Traun, ist ja auch ein so menschen-  
freundlicher, um das Wohl seiner Arbeiter bedachter Herr,  
daß er ihnen alljährlich auf seine Kosten einen Fabrikball

gibt. Auf seine Kosten??? — In Harburg gab ein  
geistkränkliches junges Mädchen Petroleum ins Bett, steckte  
dasselbe an und legte sich dann hinein. Das arme Mädchen  
erlitt tödtliche Brandwunden, ehe Hülfe kam. — In  
Buxtehude sind zwei Knaben auf dem Eise eingebrochen  
und ertrunken. — Von Nachmittags bis zum anderen  
Morgen im Klostet der Volksschule eingesperrt waren in  
Wilhelmshaven zwei Mädchen. Dieselben konnten  
infolge eines Schadens an der Thür diese von innen nicht  
öffnen und mußten nahezu 18 Stunden hungern und frieren.  
Lauburg. Lohnbewegung der Zimmerer.  
Gleich den Maurern haben nunmehr auch die Zimmerer den  
zur Zeit bestehenden Lohnvertrag gekündigt und bei ihren  
Meistern höhere Forderungen eingereicht. Wie die Maurer  
verlangen sie eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf  
45 Pf., für Ueberstunden von 50 auf 60 Pf.; außerdem  
Ermäßigung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und  
die Errichtung heizbarer Neubuden. Zugung von Zimmerern  
und Maurern ist fernzuhalten.

Hamburg. „Dumm, Verbrecherisch, Feudal“  
lautete der Titel eines in der Nr. 281 des „Hamburger  
Echo“ vom 1. Dezember 1901 abgedruckten Leitartikels, der  
sich gegen den Duellzwang wendet, dem man namentlich in  
den Kreisen der Offiziere und der Korpsstudenten, in uner-  
hörtem Hohn auf die bestehenden Strafgesetze, fröhnt. In  
dem Artikel heißt es, um die ganze Sinnlosigkeit der soge-  
nannten Ehrenhändel und besonders des Duellzwanges in  
Offiziers- und Studentenkreisen darzutun: „Ein Offizier  
oder ein Korpsstudent darf Taz und Jenes sein und thun,  
ein Schuldenmacher und Spieler, ein Mädchenverführer, ein  
Soldatenschänder, ein Vummaler und Tagedieb etc., das thut  
seiner Ehre keinen Eintrag.“ Auf Grund dieses Artikels  
wurde gegen den verantwortlichen Redakteur Gen. Wa-  
berst, Anklage wegen Verleumdung des Offizierkorps des  
preussischen Heeres erhoben. Der Staatsanwalt beantragte  
gegen unseren Genossen eine Geldstrafe von 50 Mark. Das  
Gericht erkannte aber auf 150 Mark oder 15 Tage Ge-  
fängnis, sowie Publikationsbefugnis. Die verletzten „Ehre“  
des Offizierkorps ist also wieder hergestellt worden.

Lübcker Marktpreise vom 1. März.  
Banern-Butter 1.10 Mk., Meierei-Butter 1.25 Mk., Hasen  
Eid. — Mk., Enten Eid. 8.50 Mk., Hühner Eid. 1.80 Mk., Kühen  
Eid. — Mk., Lauben Eid. 0.60 Mk., Gänse Eid. — Mk.,  
Fischgans 3.30 Mk., Schweinestopf 0.50 Mk., Schinken Pfd. 85 Pf.,  
Wurst Pfd. 1.20 Mk., Eier 9 Eid. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter  
50 Pf., Karphen Pfd. 1. — Mk., Karaulchen Pfd. 80 Pf., Hechte  
Pfd. 60 Pf., Borische Pfd. 60 Pf., Kal Pfd. 0.80 Mk.

Stierfleisch- und Viehmarkt.  
Hamburg, 1. März  
Der Schweinehandel verlief nur langsam.  
Ingefaßt waren 1050 Stk., davon vom Norden —, vom  
Süden — Stk. Preise: Semmelweine — Mk., Verlandtschweine  
schwere 60—61 Mk., leichte 59—61 Mk., Sauen 53 58 Mk. und  
Ferkel 57—59 Mk. pr. 100 Stk.

Heute Morgen ereifte uns die traurige Nach-  
richt aus Graudenz, daß unser lieber Sohn und  
Bruder, der Kanonier  
**Heinrich Martens**  
gestern Abend plötzlich an Gehirnkrankung im  
22. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Auf's Tiefste  
betrauert von seinen Eltern, Geschwister u. Allen,  
die ihm nahe standen.  
Lübeck, den 2. März 1902  
**Johann Martens und Frau,**  
Kloppstraße 23.

Allen Bewandten und Bekannten sowie den  
Mitarbeiterinnen der Firma Werner, Brandes  
u. Co. für die Theilnahme herzlichsten Dank.  
**Heinrich Groth und Sohn.**

Unsere Freundin und Collegin **Ernst Eulers**  
zu ihrem Geburtstag die besten Glückwünsche!  
Seine Freunde

**F. Kuschner** einen herzlichsten Glück-  
wunsch zu seinem heutigen Geburtstag.  
Unsern Dank und doch bekannt.

Zum 1. April eine abgeschlossene Etage  
von 3 Zimmern mit allem Zubehör billig zu ver-  
mieten  
Königsberg 41.

15 junge Lege-Hühner zu verkaufen  
Mittelstraße 23.

Ein Kinderwagen mit Gummirädern  
zu verkaufen  
Mittelstraße 19, 1

Zu verkaufen eine gut erhaltene reth-  
braune Sackspur, Zankschiff, billig  
Kloppstraße 64, 1

Ein junger italienischer Zucht-Hahn  
zu verkaufen  
Reiterstraße 4c, barriere.

Verkaufen ein schwarzes Portemonnaie  
in der Pelzerstraße am Sonnabend Nachmittags.  
Inhalt ein 20-Mark-Stück. Abzugeben gegen  
gute Belohnung  
Reiterstraße 14a.

**Führer**  
durch die  
**Strafprozessordnung.**  
Rechte des Angeklagten  
vor Strafgericht und Polizei.  
Von **Dr. Hugo Heinemann.**  
Preis 40 Pf.  
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Ihren reinigen . 1.50  
Jedern einsehen . 1.50  
1 Jahr Garantie.  
Aug. Böttner,  
Hilfstraße 32.

**Gratulations-Karten zur Confirmation**  
in großer Auswahl und feinsten Ausführung  
empfiehlt die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Dieselben können auch durch unsere Colporteurs bezogen werden.

**Parteigenossen!**  
Leset die Wochenschrift  
**In freien Stunden.**

Der 6. Jahrgang hat begonnen  
und bringt die spannenden Romane „Im Vorne der Sämenen“ und „Der Bastard“.  
Jede Woche erscheint ein Heft à 10 Pf.  
Bestellungen nehmen unsere Colporteurs entgegen sowie die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

**Socialdemokratisches  
Reichstags-Handbuch**  
von **Max Schippel**, Mitglied des Reichstags.  
Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der deutschen Reichspolitik.  
Für Jedermann unentbehrlich.  
Er scheint in ca. 35 Lieferungen à 20 Pf. und ist zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

**Achtung!**  
**Flußschiffer!**  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
am Mittwoch den 5. März  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht von der Generalversammlung.  
2. Zweite Sachverständigen-Verhandlung.  
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands  
(Zahlstelle Lübeck)

**Versammlung**  
am Dienstag den 4. März 1902  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.  
Zimmer Nr. 1.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Kartellbericht.  
3. Fragestaben.  
4. Statutenberathung.  
5. Bericht des  
Mitgliedsräthes sind mitzubringen.  
Die Ortsverwaltung.

Feinste gelbblühende  
**Magnum bonum**  
Centner 2 Mk. 30 Pf.  
sowie sämtliche Grünwaren  
empfiehlt zu billigsten Preisen  
**Chr. Piel, Friedenstraße 78.**

**Einladung zum Ball**  
der  
Arbeiter u. Arbeiterinnen der Zich-  
rängerei von **F. A. Rieck**  
am Dienstag den 4. März  
im Lokale des Herrn S. Lüth, Gausa-Palle.  
Anfang 8 Uhr. Ende Morgens.  
Eintritt 50 Pf., wofür eine Dame frei.  
Das Comitee.

**Einladung zum Ball**  
der sämtlichen Eisenbahner  
am Donnerstag den 13. März 1902  
im Lokale des Herrn Lüth, Gausa-Palle,  
Friedrich-Franz-Halle.  
Eintritt 1 Mark. Anfang 7 Uhr.  
Die Schaffr: W. Dresfers, F. Scharbau.

**Circus Variété**  
heute und folgende Tage  
**12 Elite-Specialitäten.**  
**Bo-Kou**  
**Jaques Bronn**  
sind das  
**Tagesgespräch!**  
alle Künstler neu für Lübeck.  
Billetts im Vorverkauf ermäßig.

**Stadt-Theater.**  
Dienstag den 4. März. Anfang 7 1/2 Uhr.  
128. Abon.-Vorst. 155. Vorst. 22. Dienstag-Ab.  
Ehrenabend für Fräulein **Alice Nowa.**  
Erst-Aufführung in Lübeck.  
**Das süße Mädel.**  
Operette in 3 Akten von Geinr. Reinhardt.  
Daus haben keine Gültigkeit.  
Mittwoch den 5. März. Anfang 7 1/2 Uhr.  
129. Abon.-Vorst. 156. Vorst. 22. Mittwoch-Ab.  
Zum 3. Male:  
**Das Ewig-Weibliche.**  
Phantastisches Spiel in 4 Akten von Robert Mich.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Artikel „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung.  
Rediger: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Gedruckt in Lübeck.



## Eine Statistik der Millionäre.

Ein Mitglied des preussischen Statistischen Bureaus, Ebert, hat unlängst einen Aufsatz veröffentlicht, eine trodene Statistikerarbeit, deren Zahlenmaterial den Ergebnissen der preussischen Vermögenssteuer entnommen ist. Der Aufsatz enthält eine Anknüpfung über die reichsten Leute in Preußen und deshalb möchten wir sein Zahlenmaterial hier einmal näher betrachten; es ist gerade für die Arbeiter besonders interessant.

Durch Jahre hindurch hat uns die kapitalistische Presse das Hohelied vom wirtschaftlichen Aufschwung vorgesungen, der ein so pöbliches und schreckliches Ende genommen hat. Der wirtschaftliche Aufschwung sollte allen zu Gute gekommen sein, namentlich auch den Arbeitern. Aus den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften, aus den Spartenstatistiken, den Einkommensteuerrollen wollte man den gesteigerten Wohlstand der Arbeiterklasse nachweisen, der doch in Wirklichkeit kritisch betrachtet werden muß. Die höheren Lohnsummen sind meist das Resultat von Ueberstunden, die die Arbeiter gemacht haben und der anhaltenderen Beschäftigung, die sie in den Prosperitätsjahren für ihre Arbeitskraft fanden. Aber ihr Mehrverdienst ist den Arbeitern nicht geblieben, er ist durch die gesteigerten Lebensmittelpreise und die gesteigerten Wohnungsmiethepreise weggefrassen worden. Der Lebensmittelpreiserhöhung und der Wohnungserhöhung haben den deutschen Arbeiterfamilien auch den letzten Groschen des Mehrverdienstes wieder aus der Tasche gekostet und am Ende der Prosperitätsperiode waren die Proletarier genau so bettelarm wie vor dem.

Dafür aber brach um das ungeheure Ende des wirtschaftlichen Niedergangs über sie herein: Arbeitslosigkeit, Hunger, Verzweiflung. Ein Zustand, der kaum mehr zu ertragen und dessen Ende trotzdem von niemandem abzusehen ist.

Der ganze Vortheil der Prosperitätsperiode ist in den Händen der Kapitalisten hängen geblieben. Ihre Geldschränke haben die Millionen aufgesaugt, und als der Niedergang kam, hatten die Großen unter den Großen ihren Reiback längst in Sicherheit gebracht; das Gewitter der Zusammenbrüche traf zumeist die mittleren und die kleinen Kapitalisten.

Die preussische Vermögenssteuerstatistik liefert dafür den Beweis. Preußen hat eine Vermögenssteuer für Vermögen über 6000 Mark unter dem Namen Ergänzungssteuer. Das Material, das aus der Einschätzung zu dieser Steuer erworben wird, bietet eine Uebersicht über die Verteilung der Privatvermögen in Preußen. Nur ist die von der Statistik festgestellte Vermögenssumme nicht absolut zuverlässig: es ist an und für sich schwierig, ein großes Vermögen in seinem ganzen Umfange festzustellen, so kennt man insbesondere die Praktiken der reichen Leute bei den Einschätzungen aus zahlreichen Steuerprozessen. Einen großen Teil des Privatvermögens legen die Kapitalisten auch erfahrungsgemäß im Auslande an, bei der Bank von England u. s. w., um vor plötzlichen Ereignissen gesichert zu sein. Wenn daher die Vermögenssteuer ein Gesamt-Privatvermögen von 70 Milliarden Mark in Preußen besteuert, so dürfte diese Summe hinter den tatsächlichen Vermögensverhältnissen weit zurückstehen.

Der preussische Staat weiß keinen Milliardär auf, das heißt eine Person, die 1000 Millionen Mark Privatvermögen hat, gibt es in Preußen nicht. Die reichste Person ist eingeschätzt mit einem Vermögen von 265 bis 266 Millionen Mark. Sie wohnt in einer Stadt Preußens. Erst bei der Veranlagung von 1899 kam ein Vermögen von dieser Höhe zum Vorschein, in den Jahren 1896 bis 1897 betrug das Vermögen jener Person 215 bis 216 Millionen, 1895 erst 203 bis 204 Millionen. Das gibt ein Bild davon, wie sich große Kapitalisten während

der Prosperitätsperiode vergrößert haben. Je größer ein Vermögen, desto höher ist auch im einzelnen der Profit, den es abwirft, weil es in zahllosen Unternehmungen ausbeuterisch angelegt werden kann. Und die Prosperitätsperiode bot dazu die beste Gelegenheit. 1895 begann sie, bis Ende 1899 dauerte die Hochkonjunktur und in den vier Jahren vermehrte sich der Besitz jenes Kapitalisten um 62 Millionen Mark!

Die nächstreichste Person ist mit einem Vermögen von 147 bis 148 Millionen Mark veranlagt. Sie wohnt ebenfalls in einer Stadt Preußens und konnte von 1895 bis 1899 29 Millionen Mark „zurücklegen“. Die nächstreichsten Personen der Statistik sind „kleine Leute“, die weniger als 100 Millionen Mark Vermögen haben. Die reichste Person auf dem Lande ist mit einem Vermögen von 85 Millionen Mark veranlagt. Unmittelbar dahinter folgen noch drei ländliche Magnaten mit einem Vermögen von 72, 54 und 48 Millionen Mark. In den Städten hat die reichste Person, abgesehen von den zwei oben erwähnten, an der Spitze aller reichen Leute stehenden Millionären, „nur“ 40 Millionen Mark.

Im Ganzen sind mit einem Vermögen von über zwei Millionen Mark eingeschätzt 2105 Personen; von diesen wohnen 1530 in den Städten und 575 auf dem Lande. Man würde jedoch wohl in der Annahme fehl gehen, daß die 575 Doppel-Millionäre den Millionärenreichtum des platten Landes erschöpfen: unter den Millionären der Städte befindet sich ein sehr erheblicher Teil, der seinen Reichtum aus dem ländlichen Grundbesitz zieht, der aber in Berlin und anderen großen Städten wohnt, um dort sein Geld „handesgemäß“ und nicht durch den Anblick zerlumpter Landproletarier „beleidigt“, zu verzeihen. Ueberhaupt zeigt sich die Nothlage der preussischen Landwirtschaft, speziell der junkerlichen, im Lichte dieser Vermögensstatistik betrachtet, als ein recht fideles Zustand, bei dem die „Nothleidenden“ im Ueberfluß ersticken.

Aber es giebt in Preußen auch wirkliche Nothleidende Millionäre. So sind z. B. vier Personen mit einem Privatvermögen von 2 bis 7 Millionen Mark eingeschätzt, die aber zur Einkommensteuer nur 3000 Mark versteuern. Diese Vermögen! Wie mögen sie es nur anfangen, aus einem nach Millionen zählenden Vermögen noch nicht 3000 Mark herauszuwirtschaften? Herr v. Wangenheim, der Führer der bündlerischen Nothleidenden und Held der Zirkus Busch-Versammlungen wirtschaftete ja allerdings überhaupt kein Einkommen aus seinem Grundbesitz heraus und blieb infolge dessen gänzlich steuerfrei! Wirklich, wohnt denn auch von diesen vier „Nothleidenden Millionären“ nur einer in der Stadt, drei freisten ihr Dasein auf dem Lande. Agrarischer Nothstand!

Die Lage der preussischen Landwirtschaft ist nach der Vermögenszunahme, die diese Statistik zeigt, geradezu glänzend zu nennen; angesichts dieser Zahlen erscheint der beabsichtigte agrarische Brod- und Fleischwucher als die größte Unverschämtheit, die jemals einem Volke von einer bevorrechteten Klasse geboten worden ist: die Zahl der Zensiten zur Vermögenssteuer ist auf dem platten Lande von 1895 bis 1899 von 632 000 auf 653 031 gestiegen, und zwar in allen Vermögensklassen. Die Zensiten speziell mit einem Vermögen von 6000 bis 20 000 Mark haben auf dem Lande zugenommen von 336 457 auf 350 559, die Zensiten von 20 000 bis 32 000 Mark Vermögen sind von 121 034 auf 124 513 emporgewandert. Der Rest der Zunahme fällt auf höhere Vermögensklassen. Gerade die Zahl der Millionäre auf dem platten Lande hat von 1478 auf 1547 zugenommen! Während in den Städten die „ergänzungssteuerpflichtige Bevölkerung“, das heißt die über 6000 Mark Privatvermögen besitzenden Leute, in der Zahl zurückgegangen ist, ist sie umgekehrt auf dem platten Lande angewachsen, und zwar von 14,33 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 14,48 Prozent! Darunter be-

finden sich natürlich in erster Linie die mit Junkern besetzten Landstriche Preußens. Das platte Land von Ostpreußen zeigt eine Vermehrung der besitzenden Leute im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von 9,51 auf 10,23 Prozent, Pommern von 11,79 auf 12,10 Prozent, Posen von 8,78 auf 8,92 Prozent. Es müßte auch mit merkwürdigen Dingen zugegangen sein, wenn die Agrarier nicht an den Preisvertheuerungen der Lebensmittel in den Prosperitätsjahren verdient haben sollten.

In ihrem Hauptresultat ist diese Statistik der Millionäre wieder eine Konzentration des Kapitals. Während der Reichtum der zur Vermögenssteuer veranlagten Personen an und für sich steigt, machen diese doch einen immer geringer werdenden Bruchtheil der preussischen Gesamtbevölkerung aus. 1895 hatten von der Gesamtbevölkerung Preußens noch 14,05 Prozent steuerpflichtiges Privatvermögen, 1899 nur 13,88 Prozent. Und wie in Preußen, so auch im ganzen Reiche. Die Proletarisierung der Volksmasse schreitet fort, und während sich der Reichtum der Besitzenden mehrt, geht das Gespenst der Arbeitslosigkeit und des Elends durch die Gassen der Armen.

Das ist das Resultat der gerühmten Prosperitätsperiode!

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Zwickauer Schußfabrik von W. Braun u. Co. in Mainz haben die Arbeit niedergelegt. Sie konnten nicht mehr weiter arbeiten, weil Herr Braun sich beharrlich weigerte, die Werkstelle — heizen zu lassen. — In Paris sind die Zündholzarbeiter der staatlichen Fabrik in den Ausstand getreten. Die Zündholzarbeiter in Marseille werden sich wahrscheinlich der Ausstandsbewegung anschließen. Verschiedene Anzeichen lassen befürchten, daß auch die Tabakarbeiter sich mit den Ausständigen solidarisch erklären werden.

**Herzstreich.** Aus Lemberg wird gemeldet: An der internen Klinik des Universitätsprofessors Dr. Korczynski in Krakau streifen die Assistenten und Assistentinnen wegen Entlassung eines ihrer Kollegen.

**Der Galoujie-Arbeiter-Verein** hat sich zu Gunsten des Holzarbeiter-Verbandes aufgelöst. Für die Agitation in der Branche wurde eine besondere Kommission gewählt.

**Die Zahl der organisierten Metallarbeiter in Schlesien** hat sich, wie auf einer in Breslau abgehaltenen Bezirkskonferenz festgestellt wurde, trotz des schlechten Geschäftsjahres um Tausend erhöht. Von 2466 im Vorjahre ist dieselbe auf 3500 in diesem Jahre gewachsen.

**Die außerordentliche Generalversammlung des Dresdener Buchdrucker-Vereins**, die von ca. 500 Mitgliedern besucht war, beschloß, nach der „Sächs. Arbeiterzeitung“, auf Antrag des Vorstandes den Ankauf eines Grundstücks (120 000 Mark) zum Zwecke der Bureau- und Bibliothekverlegung. Die Erwerbung der Rechtsfähigkeit (juristische Person) lehnte die Generalversammlung ab.

**Das Urtheil des Landgerichts Erfurt**, durch welches der Redakteur der „Erfurter Tribüne“, Genosse Henig in Erfurt, wegen Beleidigung eines Referendars zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden war, ist vom Reichsgericht wegen Beschränkung der Verteidigung aufgehoben worden.

**Handwerkserrettung durch Lehrlingszucht.** Die Handwerkerkammer in Gera beschloß, daß Meister, die keinen oder nur einen Gesellen halten, 3 Lehrlinge, Meister, die 2 bis 4 Gesellen halten, vier Lehrlinge und Meister mit mehr als vier Gesellen 6 Lehrlinge halten dürfen. Eine nette Skala!

**Wahlprotest.** Gegen die zweite Wahl unserer Ge-

## Erbschaft.

Roman von Elise Bely.

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Das ist ja recht hübsch für Sie,“ sagt Toni. „Da haben Sie einen Nothspennig.“

„Ach, gnädiges Fräulein, wo denken Sie hin,“ fällt FINE wichtig ein. „Das wird nu ganz anders mit so viel Geld; ganz anders. Wir vergrößern uns, erst das Geschäft — ne, nu soll es im Großen gehn.“

„So!“

„Und die beiden Tage habe ich es ja nicht fertig kriegt, denn es ging mir zu nah. Aber das mit der Aufwartung will Henrich nu auch nicht mehr haben. Ich bin ja so gern hierher gekommen. Denn das hätten wir nicht mehr nöthig, sagt er.“

„Wenn Sie meinen!“ lacht Toni.

Aber Frau von SILL ringt die Hände. „Sie wollen die Arbeit nicht mehr bei uns thun? Wir sollen uns an fremde Menschen gewöhnen — hier in diesem schrecklichen Berlin, wo so viel unzuverlässige Menschen sind? Sie sind vom Lande, Ihnen traut man — aber...“ sie ist ganz zerrtzt.

„Weil wir nu mal zu Gelde gekommen sind.“

„Ja, liebe Frau, das ist aber doch noch kein Reichtum.“ Toni wehrt der Mutter und wendet sich an FINE. „Dann sind Sie auch heute wohl zu sein...“

„Ach nein, nein —“ sagt FINE treuherzig, und nimmt den Mantel ab und greift nach den Hutadeln. Nein, gnädiges Fräulein — ach, überhaupt, was ich selber bin. Aber Henrich! Un durchaus solle es ein Sammetmantel sein, weil ich mir den früher mal gewünscht hatte. Aber Voite meinte, die wären nicht so modern — Un das habe ich meinem Mann gleich gesagt, in der Verlegenheit lasse ich

Sie sich sitzen — nein, von heute auf morgen laufe ich nicht weg.“

Toni geht durch den Korridor, es warten Schulheste in dem Altler auf sie. Sie greift eben nach der Feder, da meldet FINE: „Ein fremder Herr, gnädiges Fräulein — den Namen habe ich nicht ordentlich verstanden,“ und ehe ihr eine Weisung werden kann, klingt von der Thür her eine Stimme:

„Baron Meyden! Gestatten Sie die Selbstanmeldung, mein gnädiges Fräulein! Wie freue ich mich!“

Ein langgedehntes Ah! kommt über Tonis Lippen, dann steht sie auf, macht ein paar Schritte auf den Besucher zu und grüßt mit einer Bewegung ihres stolzen Kopfes.

„Sie wußten, daß ich in Berlin bin?“ fragt er mit der Geschmeidigkeit, die in seinem Wesen ist, und prüfenden Blickes über sie hin. Sie ist unstrittig ein wenig blaß, nervös, die matten Ringe unter den Augen, die von Ermüdung reden, kleiden sie aber gut. Und auch das einfache Gewand statt der frühern so geschmackvollen Toiletten, in denen sie zu glänzen wußte.

„Meine Brüder erwähnten, glaube ich, Ihren Namen!“ sagt sie, etwas zurückhaltend.

Er folgt ihr weiter in das Zimmer hinein.

„So ganz uninteressant war Ihnen also die Thatsache? Wir sind doch alte Sillenberger Bekannte!“

„Settend wir das waren, hat sich viel geändert.“

„Leider, leider sind Sie aus meiner Nähe entschläpft.“

Aber — ich habe Glück! Ich habe Sie wieder entdeckt.“

Sie macht nur den Versuch eines zerspreuten Lächelns, deutet auf einen Stuhl und sagt: „Bitte.“

Er läßt sich nieder, lächelt und streicht sein Wärtchen.

„Wissen Sie, daß Ihnen Berlin gut bekommt, mein gnädiges Fräulein?“ fährt er dann fort, sich zu ihr herüber beugend, und ehe sie antwortet: „Sie haben so etwas Selbstbewußteres, Bestimmtes in der ganzen Erscheinung — etwas — das mich angenehm frappirt.“

Ihre Finger spielen mit dem Stift, welcher neben den Heften liegt.

„Selbständigeres,“ sagt der Baron. „Zum Beispiel, unsern Landgewohnheiten nach würden Sie ja in der ersten Minute, in der Sie meinen Besuch empfangen, nach Succurs geschickt haben. Ich danke Ihnen für dies tête-à-tête ganz besonders.“

„Herr Baron, ich habe Rücksicht auf den Morgenanzug meiner Mutter und die allerdings unverantwortlich späten Stunden meiner Brüder genommen. Und dann, die gesellschaftlichen Moden pflegen sich ja auch zu verschieben. Wir stehen nicht mehr auf dem gleichen Boden —“

„Aber, ich bitte Sie —“

Sie deutet nach dem Stoß Hefte. „Fragen Sie doch einmal all die, welche sich meine Freundinnen nannten, ehrlich.“ Und dann macht sie eine Bewegung mit beiden schlanken Händen. „Nur, daß ich mir in der Beziehung doch nicht beraubt voromme, denn ich habe stets so etwas gehabt wie Menschenkenntniß.“

Er macht ihr eine halbe Verbeugung.

„Sie haben immer um Hauptes Länge hervorgeragt über alle in der Runde, und Sie wissen, wie bewundernd ich stets zu Ihnen aufgeblickt habe. Freilich wars ein Bild ohne Gnade, zu dem ich die Hände aufhob; nicht ich allein, viele mit mir. Sie sind sehr angebetet worden, gnädiges Fräulein, und weil sie sogar unbewegt blieben — wir fanden etwas Räthselhaftes in Ihnen und nannten Sie — nun es war ja schmeichelhaft...“

Seine kühlen, grauen Augen nehmen einen Glanz an, er wendet sie nicht einmal von ihrer Gestalt.

„Ach — ich weiß.“

Er hustet leise.

„Natürlich, und wie werden Sie über uns arme Höhengdiener gelächelt haben, so mit dem kleinen molanten Zug, der da eben um Ihre Lippen spielt. Ach, der ist auch nicht von mir vergessen worden.“



noffen Krüger und Thiele zu Stadtverordneten in Halle a. S. ist abermals Protest eingelegt worden. Er wurde durch angeblich vorgekommene Wahlschwundeleien begründet.

**Eine Fällung der Arbeitslosen** veranstaltete das Gewerkschaftskartell in Stettin am 6. Februar. Danach waren 1809 Arbeitslose vorhanden, von denen 1037 verheiratet waren und 2259 Kinder unter 14 Jahren hatten. Es haben also 5105 Personen unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit betrug 15 936 Wochen.

**Die Arbeitslosenkasse des Arbeiterbundes Basel**, welche im letzten Frühjahr vom dortigen Arbeitersekretär, Genossen Dr. Wassiljeff, gegründet wurde, hat sich über alles Erwarten gut bewährt und damit ihre Feuerprobe für alle Zeiten bestanden. Ihre Gründung fiel in eine Zeit, da größere Arbeitslosigkeit mit Bestimmtheit zu erwarten war. Während andere durch diese Aussicht abgeschreckt worden wären, scheint das für Genossen Wassiljeff eher ein Ansporn gewesen zu sein, mit seinem Projekte, von dessen Durchführbarkeit er festeste Überzeugt war, den Wurf zu wagen. Er wankte auch nicht in seinem Vertrauen auf sein Projekt, als der Beitrag des Kantons an diese Kasse bedenklich mager ausfiel und auch die Beträge der sog. Passivmitglieder nicht so viel einfielen, als die Arbeitslosigkeit sich im Winter zu zeigen begann. Gespannt verfolgte man weiterhin das Schicksal dieser Kasse. Man's „guter und frommer“ Mann konnte im stillen auf den erhebenden Moment, da Genosse Wassiljeff die Zahlungsfähigkeit seiner Neugründung erklärte. Aber er wartete vergeblich. Während vollen 17 Wochen funktionierte die Kasse zu der Betheiligten Zufriedenheit. Der Tausendkünstler auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung zahlte in diesem Zeitraum ca. 2600 Franken Unterstützungsgelder aus und hat am Ende der Kampagne noch etliche Tausend Franken in der Kasse. Trotz einer Zeit ziemlich bedeutender Arbeitslosigkeit kann er schon im ersten Winter einen Reservefonds gründen. Seine Einnahmen hatten folgenden Ursprung:

Beiträge der Passivmitglieder	1400 Franken
Beitrag des Kantons	1000 „
Beitrag des Allgemeinen Kantonsvereins	1000 „
Mitgliederbeiträge	2500 „

Selbstverständlich ist der agitatorische Einfluss dieser Kasse, welche vollständig in den Händen der organisierten Arbeiterchaft ist, nicht gering anzuschlagen und wird dieselbe in der Schweiz wohl bald Nachfolger bekommen. Dies ist um so werthvoller, als nun der schweizerische Bund sich endlich anschickt, dieser Frage näher zu treten. Hoffentlich sieht derselbe an dieser Kasse, wozu der Schwerpunkt der Arbeitslosenversicherung zu legen ist.

## Plus Maj und Fern.

**Kleine Chronik.** Eine wohlhabende Familie im Westen von Berlin besaß einen kostbaren Familienschmuck, der in einem feuerfesteren Schranke aufbewahrt wurde. Als man vor einigen Tagen den Schmuck hervorholte, stellte sich heraus, daß eine große Anzahl von Brillanten durch unrichtige Steine ersetzt ist. Von dem Thäter fehlt jede Spur. — Das Ende einer unglücklichen Ehe bildete die Verhandlung wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, die am Donnerstag die Distriktsrichterredaktion vor das Schwurgericht in Berlin führte. Die jetzt 27-jährige Angeklagte hat, wie i. Bt. von uns gemeldet, am 23. Juli ihren trunksüchtigen Mann, der sie bedrögte, in der Reichweh mit einem Topf kochenden Wassers überschüttet. Die Wirkung war so furchtbar, daß der Verletzte anderen Tages an den Brandwunden starb. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig, worauf die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt wurde. Die Geschworenen erklärten dem Verteidiger, daß sie für die Verurteilung ein Gnadengesuch einreichen würden. Auch wurden durch eine sofort veranstaltete Sammlung 30 Mark für sie aufgebracht. — Die Kriminalpolizei in Leipzig verhaftete Donnerstag Morgen auf dem Thüringer Bahnhof einen internationalen Eindringling. Derselbe war im Zuchthaus zu Rawitsch interniert, aber seinem Transporteur in Kassel entsprungen. Im Besitz des Verbrechens wurden große Mengen Geld- und Schmuckstücke gefunden und beschlagnahmt. — Die Staatsanwaltschaft in Bochum legte eine Verurteilung von 500 Mark auf die Ergreifung der Thäter aus, welche in der Nacht zum Freitag den Schnellzug Berlin-Köln in der Nähe des Bahnhofes in Hilgen zur Entgleisung bringen wollten.

Sie blüht nach der Thür; keine Art Langweilt sie; jetzt nach der Mutter zu sehen, sie wie einen Wandschirm zwischen sich und ihn zu ziehen, das läßt sie aber doch lächerlich, unwürdig vor. Sie muß gegen diese Kindchaft ihres Bruders so lange gleichgültig-höflich sein, bis er selber kommt.

Sie sind oft in Berlin, Herr Baron? Er schnell zurück. „Wollen Sie mich auf Phrasen kassieren? Seien Sie doch barmherzig! Diese Frage höre ich ja oft genug bei uns dasheim, beim Demis. Sie müssen wissen, jedes Gut hat jetzt seinen Demisplatz. Das muß eben sein. Und bei den Tänzern nach irgend einer Wochpartie und bei den Dinern mit den tiefen Krügen der jungen Damen — denken Sie, es ist noch alles so, wie es war. Wir hatten uns noch für ungemein vornehm, weil wir arbeitslos waren, und fortell vorstellten lassen und nicht einen Cent ungewollter Freundschaft auszußen bei den Dinern.“

Toni lacht, sie sieht vor sich, was er schildert, sie erinnert sich der feinen Damen auf den Sofaplätzen und ihres gähnigen Lächelns bei den Handflächen. Er läßt das gütig für sich an.

„Ich bin ja doch nur hier, um mich in einem etwas größeren Horizont umzuwandeln, ja, und ich möchte, daß Sie mangelhaft wären und mich fragten, wie ich Sie entbede?“

„Meinen Bruder Bruno.“

„Ach!“ Er bewegt den Kopf hin und her. „Sie habe ich gesehen mit einer schwarzen Kappe und schnellen, stolzen Schritten und hinterher bin ich. Und mehrmals wieder in der Schilner Straße. So geht nur eine, trägt nur eine den Kopf — und richtig, ich sah Sie wieder und folgte Ihnen hinterher. Und das übrige fand ich aus.“

Sie ist unwillig, Blutwellen steigen in ihre Wangen. „Herr Baron!“

Die an den Weichen angebrachten Laternen waren zerstört, die nicht verschließbaren Weichen halbgeöffnet und vertheilt, eine Tafel mit der Aufschrift „Halt!“ war aus dem Boden gerissen und quer über die Schienen geworfen. Ferner waren die beiderseitigen Gleise mit Steinblöcken besetzt. — Bei der Stadthauptkassa in Bochum wurden beträchtliche Unterschleife aufgedeckt. Zwei Vollziehungsbeamte wurden bereits verhaftet, ein Buchhalter vom Amte suspendiert. — Zwei Studenten aus Heidelberg, die früher in Darmstadt studierten, wurden infolge einer Denunziation während einer Säbelmanöver im Wirthshaus „Zum Kreuzberg“ von der Polizei abgefaßt, bevor es zum Austrag der Sache gekommen war. Der Staatsanwalt stellte sie wegen Zweikampfs, den Wirth wegen Beihilfe unter Anklage. Donnerstag fand die Verhandlung vor der Strafkammer in Darmstadt statt. Der Forderer, Student Viktor Scholz, wurde zu 3 Monaten und 2 Wochen Festung (der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt), der Geforderte, Student Hansland, zu 3 Monaten Monaten Festung verurteilt, während dem Wirth Strohmenger wegen Beihilfe ein Tag Festung zudiktirt wurde. Der Staatsanwalt hatte für den Wirth eine Woche beantragt. — Die Strafkammer in Bamberg verurtheilte im November v. J. den Arzt Dr. Paul Franz wegen jahrlässiger Körperverletzung zu 300 Mk. Geldstrafe. Sein Hund hatte ein achtjähriges Kind umgerannt, so daß dessen Tod eintrat. Der Staatsanwalt legte Revision ein, und das Reichsgericht verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil nicht fehrlässige Tödtung angenommen war. Bei der prinzipiellen Wichtigkeit der Entscheidung ist man auf den Ausgang der Angelegenheit sehr gespannt. — Ein Schuttmann in Nürnberg hatte auf einem nächtlichen Patrouillengang einen ruhig nach Hause gehenden Arbeiter mit dem Revolver in die Hand geschossen, weil er ihn mit einer anderen Person, der er auflaute, verwechselt hatte. Die Strafkammer verurtheilte den Schuttmann Namens Mähling wegen jahrlässiger Körperverletzung zu 1 Tage und 100 Mk. Geldstrafe, 150 Mk. Buße an den verurteilten Arbeiter und allen Kosten. — Aus Unvorsichtigkeit erschöpfte der Lehrer Wolf in Hohenzell (Bayern) seine junge hübsche Frau. — In Altheim bei Zweibrücken feierte am 25. Februar eine Wittwe Meyer in vollster Mühseligkeit ihren 102. Geburtstag. — Aus Basel wird gemeldet: Ein fremder Mann hegte drei Hunde auf drei auf offenem Felde spielende Knaben, von denen einer zerfleischt, der zweite schwer verletzt wurde. Der dritte konnte verletzt flüchten. — In den Blenheim-Paraden zu Aldershot (England) ereignete sich am Mittwoch ein Unglücksfall, der zwei Soldaten der englischen Landmiliz (Yeomanry) das Leben kostete. Vier Mann waren gerade beim Kartenspiel, während einer ihrer Kameraden sich mit einem Gewehr zu schassen machte. Dieses ging plötzlich los und die Kugel tödtete einen Mann auf der Stelle, während sie einen zweiten so schwer verletzte, daß er schon nach einer Stunde verstarb. Der schuldige Soldat ist in Arrest gesteckt worden. Die Leute sollten in den nächsten Tagen nach Südafrika sich einschiffen.

**Sie hat keine Zeit.** Die Arbeiterfrau Kroschka von Weichen hatte sich vor der Strafkammer in Altheim wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Nach der Verweisaufnahme stellte der Vertreter der Untergehöbde den Antrag auf vier Monate Gefängnis. Vom Vorsitzenden aufgefordert, sich über den Antrag zu erklären, antwortete die Frau K.: „Fällt mir nicht ein, ich habe zu Hause einen alten Mann und Kinder, habe da keine Zeit, so lange zu sitzen.“ Leider schien der Gerichtshof an diesen Zeitmangel nicht recht zu glauben, denn er erkannte dem Antrage gemäß. — Der Ausspruch der Frau ist garnicht spähhaft zu nehmen. Es war sehr angebracht, wenn Richter, ehe sie wegen verhältnismäßig geringfügiger Vergehen hohe Strafen verhängen, sich darüber unterrichteten, ob und wievielen Angehörige des Verurtheilten dadurch härter getroffen werden, wie der Angeklagte selbst.

**Der Haß gegen die Sozialdemokraten** nimmt manchmal furchtbare Formen an. Aus Arnoldsdorf im Kreise Friedberg wird unserem Königsberger Parteiorgan folgendes Geschichtchen geschrieben: Der Kriegerverein feierte in dem genannten Ort Kaisers Geburtstag durch ein Tanzvergnügen. Wie das so üblich ist, wurde mächtig Hurrah geschrien und eine Anzahl Hochs ausgebracht. Unter den Festtheilnehmern befanden sich auch einige jungen Damen, die sich mit rothen Bändern und Schleifen geschmückt hatten. Ein junger Mann, der sich in recht gehobener Feststimmung befand, schmetterte ein: „Hoch leben die Nothen!“ in den

Bitternd legt er die Finger zusammen. „Nicht schelten, nicht so blöden — ich sage Ihnen, ich konnte nicht anders.“ redete er schnell und halblaut, beschwichtigend. Da öffnet sich die Thür und Heinz Eggert tritt ein.

„Äh!“

„Verzeihung!“

„Aber hätte!“ antwortet Toni, noch immer verwirrt, unwillig über das Benehmen des Barons, über sich selber jetzt. Eggert ist ja doch in seinem Recht, der Weg in sein Atelier führt hier durch und sie ist froh über die Störung — aber ihm das nicht sagen, bewahren zu können, macht sie befangen.

Der Baron springt auf. „Sieher Meister, da sind Sie! Einer der Diener. Nun habe ich wohl Ansehen, auch den andern bald zu sehen.“ Und er schüttelt dem Bildhauer die Hand. „Nämlich die Prionalia habe ich von meinem Freunde Leo von Sill!“ Wir freuten uns, unsere alte Bekanntschaft in einigen frohlichen Anwesenheiten wieder auf. Ich bin heute zu einer Sitzung bestellt — haben Sie vielleicht ein Urtheil über die gelben Töne?“

Heinz Eggert steht ganz fest da. „Mein Herr Baron, aber — ich will Bruno benachrichtigen.“

Toni erhebt sich. „Verzeihen Sie, das hätte ich schon lange thun sollen.“

„Gilt doch nicht. Im Gegentheil!“ ruft Altheim.

Sie geht hinaus und Heinz folgt ihr. „Äh“, sagt sie, als sie vor der Thür des brüderlichen Zimmers zusammenstößt, wenn Sie — bitte, er muß nun kommen — Sie werden ihn eher heranzubringen.“

„Ja, das schon, wenn's sein mag, gewaltig“, meint der Bildhauer, aber — ich habe wohl gehört.“

Er wird ein wenig verlegen, als hätte er etwas Ungehörtes gesagt. „Sie sind ja alte Bekannte, Sie haben gewiß manche gemeinsame Erinnerung.“

Saal. Das bekam ihn aber böse. Die Krieger glaubten nicht, daß das Hoch den rothgeschmückten Damen, sondern den rothen Sozialdemokraten gelten sollte. „Sozialdemokraten raus!“ hieß es. Die Versicherungen des bestürzten Schreiers, daß er durchaus kein Sozialdemokrat sei, wurden nicht beachtet. Im Nu wurde er von königstreuen Fäusten gepackt und zum Saal hinaus- und die Treppe hinuntergeworfen. Vorhomb und Weste blieben in den Händen der tapferen Krieger, während der Mißhandelte blutüberströmt am Fuße der Treppe liegen blieb.

**Also doch!** Die Erfurter „Tribüne“ brachte vor Kurzem einen Artikel, in welchem sie der Nordhäuser Polizeiverwaltung den Vorwurf machte, daß diese Behörde ein Geldgeheim von 300 Mark angenommen habe, das ihr von den Tabakfabrikanten Nordhausens für in der Streikaffäre geleistete Dienste überhandt worden wäre. Die Sache hat auch in der bürgerlichen Presse viel Staub aufgewirbelt, ja sogar zu dem Resultat geführt, daß einige Blätter die Richtigkeit der Nachricht der „Tribüne“ anzweifeln. In dem Berufsteine, seinem geliebten Konkurrenzorgan einen Puff versehen zu können, interpellirte nun in der letzten Nordhäuser Stadtverordnetenversammlung Redakteur Nebelung den Magistrat über den Vorfall. Aber o weh! Der Erste Bürgermeister Dr. Contag mußte den Sachverhalt ohne Weiteres zugestehen. Das Geld sei angeboten und auch akzeptirt worden mit dem Hinweis, daß dasselbe der Sammelkasse der Polizeibeamten überwiesen werde. In diesem Sammelfonds könnten jeder Zeit Gelder, woher sie auch kommen mögen (!), als Gratifikation für die Beamten niedergelegt werden. Dieses Verfahren sei ministeriell genehmigt (!) und würden die Gelder bei einer sich passenden Gelegenheit an die Polizeibeamten vertheilt. Das Geständniß des Herrn Bürgermeisters ist einfach reizend! Das Reichsstrafgesetz (§ 331) verbietet, wie die „Tribüne“ ganz richtig konstatiert, den Polizeibeamten die Annahme jeder Gratifikation; sollte der betr. Erlaß des Ministers befehlen, so entbehrt er der gesetzlichen Grundlage. Nach dem Stadtverordneten Nebelung schien nach diesem Reinfall die Affäre in die Krone gestiegen zu sein, denn er charakterisirte nachher die Annahme des Geldes als eine Unvorsichtigkeit des Magistrats, der auch den Schein hätte vermeiden müssen, daß er in der Streikaffäre irgend welche Stellung einnehme, die den parteipolitischen Bestrebungen zuwiderläuft. Jedenfalls dürfte die Angelegenheit für die Behörden noch nicht erledigt sein.

Für eine Schuld von 70 Pfg. hat der unbescholtenen Bergmann Behn in Köln mehr als drei Wochen in Untersuchungshaft sitzen müssen. Er war nach Köln mit 20 Mk. in der Tasche gekommen, war betrunken gemacht worden und konnte schließlich 7 Glas königliches Bier nicht mehr bezahlen. Das Schöffengericht, wo Mittwoch seine Sache zur Verhandlung kam, sprach ihn kostenlos frei, da eine betrügerische Absicht nicht angenommen werden könne. Der Ausdruck des Bedauerns des Richters war die einzige Genugthuung, die dem so lange seiner Freiheit Beraubten zu Theil wurde. Wie konnte aber bei einem solchen Thatbestande überhaupt die Untersuchungshaft aufrecht erhalten werden?

## Der Lehrer.

Tief in nächtlicher Schlacht, durchbrochen von hülligen Flammen, hilt sich des Mino's Thron, nur von Senigern umschwert; Finster blickt er und streng, da naht sich zitternd ein Seelchen, Weil es so federleicht, schenkt ihm Thron den Lohn. Vor des Gewaltigen Blick verschwand es fast in das Nichts hin, Als er zu fragen begann, floß es wie Blättchen im Herbst. „Sieh mir“, rief er, „und sprich: wer bist Du? was für Gewerbe triebst Du oben am Licht, bist Du Dir sünderbewußt?“ Angestickt den Rücken gekrümmt, begann zu säuseln das Seelchen: „Neben das ABC lehr ich, um elenden Gold Broden im deutschen Land, und schwang ich zu heftig die Ruthe, Habt mir gnädiglich fern jorriger Furieu Spiel!“ Sanftes Lächeln umfloß die Lippen des zornigen Richters, Cerverus selber schloß grimas das alte Geiß. „Was Schullehrer und Denker dazu nicht ist es gesündigt, Aber ein Unglück doch, wenn es auch immer passiert. Dort in Elythums Finst, dort sei Dir ewig gebettet — Denker und Lehrer dazu! Wahlich, Du listest genau. Daß Dir aber gewiß der Himmel werde zum Himmel: Was Du erlebst, vergiß, trutzig lethische Fluch!“

Alboph Pichler.  
(Den süßigen Volksschullehrern, die auch fernerhin unter der Zucht der Zweiklassen-Gehaltssystemen lauszen müssen, gewidmet vom „Lüderer Volksbote“.)

Toni wirft stolz den Kopf zurück und ihre Stimme ist schroff.

„Mit der ganzen Vergangenheit habe ich nichts mehr zu thun — die liegt jenseits.“ Dann ist sie davon gehuscht. Eggert steht ihr verblüfft nach. Auch auf seinem Gesicht kommt und geht die Rölhe. Er faßt mit zwei Fingern in seinen Hemdfalten, als brauche er etwas mehr Luft. Dann klopf er an die Thür und ruft: „Bruno, du hast ja eine Sitzung.“

„Ja doch — ich komme gleich!“

Und darauf wird Leo's Stimme wieder vernehmbar. „Schaffner, lieber Schaffner“, trällert er, „reißt einen aus dem Schlaf.“

Bruno guckt durch eine Thürspalte. „Ist es denn wirklich schon...“

„So spät, daß ihr euch beide schämen könntet...“

„Wenn das nicht eine antiquierte Sache wäre“, lacht Bruno.

„Also richtig da? Wie kann ein Mensch so beharrlich sein! Du, Heinz, versuch doch, ihm beizubringen, daß es vornehmer ist, sich modellieren zu lassen, und übernimm du ihn. Mir wäre damit eine ganz verteuerte Arbeitslast von den Schultern genommen. Ne, wirklich, ernstlich!“ Und sein Kopf verschwindet wieder.

Der Bildhauer muß lachen. „Du kennst doch meine Spezialität, ich soll doch nicht...“

„Dah, ein Affe ist er auch.“

„Still! Wie viel Zeit brauchst du noch?“

„Knappe fünf Minuten.“

Heinz Eggert entschließt sich, die Viertelstunde, die es unbedingt dauern wird, dem Baron zu widmen. Er findet ihn, als er wieder eintritt, über die Schulhefte gebeugt.

(Fortsetzung folgt.)